

# Danziger Zeitung

# Beitrag

Jahrsprech-Anschluß Danzig:  
Für Redaktion und Expedition Nr. 10. General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen. Jahrsprech-Anschluß für unser  
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 23040.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fidelen Blätter“ und den „Westpreußischen Land- und Haussfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die siebengepaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermitteilt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Hierzu eine Beilage.

## Telegramme.

Breslau, 19. Febr. Die hiesige Studentenschaft hatte beschlossen, für die deutschen Studenten in Österreich, welche durch den Schluß der Hochschulen pecuniarisch geschädigt sind, eine öffentliche Collecte abzuhalten. Der Oberpräsident hat die Collecte nicht genehmigt.

Wien, 19. Febr. Wie die „Neue freie Presse“ meldet, fand heute zwischen dem Prinzen Philipp von Coburg und dem mit Wartegebühr beurlaubten Oberstleutnant des 13. Ulanenregiments Gaja von Mattachich-Replevich ein Duell unter besonders schweren Bedingungen statt. Dasselbe wurde zuerst auf Pistolen, dann mit Säbeln ausgefochten. Für das Pistolduell war zweimaliger Augelwechsel verabredet. Oberstleutnant Mattachich schoß beide Male in die Luft, während Prinz Philipp beide Schüsse zielend abgab, ohne den Gegner zu treffen. Hierauf folgte ein Säbelduell, welches bis zur Kampfunfähigkeit fortzuhören war. Der Kampf endete mit der Verwundung des Prinzen Philipp am rechten Arm. Die Verwundung nicht ist erheblich. Die Zeugen des Prinzen Philipp waren der Konzernminister Baron Fejerwary und Feldmarschall-Lieutenant Graf Wurmbrandt.

London, 19. Febr. Nach einer dem „Standard“ zugegangenen Depesche aus Kobe hat der japanische Ministerkabinett endgültig beschlossen, der chinesischen Regierung keine Ausdehnung der Zahlungsstrafe für die im Mai d. J. fällige Rate der Kriegsentschädigung zuzugestehen.

London, 19. Febr. Die „Daily Chronicle“ meldet aus Liverpool: Das Niger-Küstenprotectorat und die Gebiete der Niger-Compagnie sollen am 31. März der Reichsherrschaft überreicht und zusammen mit der Compagnie Lagos einem Zolltarif unterworfen werden. Der Handel soll der ganzen Welt unter gleichen Bedingungen offen stehen und auch die Niger-Compagnie keine Vortheile genießen. Am Niger soll eine ständige Reichstruppe von 5000 Mann aufgestellt werden.

Palermo, 19. Febr. In Troina auf Sardinien veranstalteten 300 Personen, darunter einige Frauen und Kinder, eine Kundgebung, indem sie Unterstützung verlangten. Mehrere von ihnen waren mit Haken, Stöcken und Pistolen bewaffnet. Die Polizei forderte die Manifestanten vergeblich auf, auseinanderzugehen. Als darauf eine Abteilung Soldaten herbeieilte, wurde sie von den Manifestanten mit Steinwürfen und Flintenschüssen angegriffen. Die Truppen erwiderten das Feuer. Zwei Bauern wurden getötet; ein Infanterie-Lieutenant, ein Polizeibeamter und vier Soldaten wurden verwundet.

Petersburg, 19. Febr. Die Kaiserin ist leicht an den Masern erkrankt. Bulleins werden nicht ausgegeben.

Calcutta, 19. Febr. Der gesetzgeberische Rath hat nach neunstündiger Berathung eine Bill genehmigt, worin besondere Maßnahmen gegen Aufzehr vorgesehen sind.

Pretoria, 19. Febr. Die Staatseinkünfte der süd-africanischen Republik im Monat Januar dieses Jahres belaufen sich auf 84 000 Pfund Sterling gegen 117 000 Pfund im Januar 1897.

## Das Echo der „Maine“-Katastrophe.

Washington, 19. Febr. Bei dem gestern hier abgehaltenen Ministerrath bildete der Unter-

gang des Panzers „Maine“ den Hauptberatungsgegenstand. Der Präsident und das Cabinet sind der Ansicht, daß die Ursache des unheilvollen Ereignisses ein reiner, unglücklicher Zufall sei. Jedoch wird der Präsident eine sehr eingehende Untersuchung veranlassen. Der Congress bewilligte 200 000 Dollars, um die Leichen der bei dem „Maine“-Unfall umgekommenen zu bergen und den Versuch zur Hebung des Schiffes zu machen.

Im Senat wurde heute ein Beschlusshandlung Allen berathen, wonach der Ausschuß für Flottenangelegenheiten angewiesen werden soll, eine Untersuchung über das Unglück anzustellen. Mason stellte den Unterantrag, die Untersuchungen einem Sonder-Ausschuß zu übertragen. Bei der Begründung derselben äußerte Mason, es sei augenscheinlich, daß die Thatsachen bezüglich Cubas verheimlicht werden. Die Politik der Regierung sei die Verzögerung, und nichts geschehe, um dem Morden in Cuba Einhalt zu thun. Redner fügte hinzu, er möchte nicht an einem Untersuchungs-Ausschusse Theil nehmen; denn er möchte nicht an einem Tische mit Spaniern sitzen, außer wenn er ein Stilet in der Tasche habe. (Gelächter.) Wolcott bemerkte, die Untersuchung würde ehrlich geführt werden, man sollte es vermeiden, eine befremdete Nation zu beleidigen. Der Krieg könne kommen, tatsächlich sei er vielleicht nicht weit entfernt, aber die Haltung der Amerikaner müsse so sein, daß sie die Selbstachtung bewahren und die anderen Völker zur Achtung ihres Standpunktes veranlassen. Die Verathung des Antrages Allen wurde vertagt.

New York, 18. Febr. Das spanische Kriegsschiff „Biscaya“ ist gestern um 5½ Uhr Abends in Sandy Hook (New York) vor Anker gegangen. Die Polizei hat weitgehende Vorsichtsmaßregeln zum Schutz des Schiffes getroffen. Dasselbe wird von einem Cordon von Polizeibooten umgeben sein. Dem spanischen Viceconsul Baldasano ist eine besondere Polizeimannschaft zu seinem Schutz beigegeben.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 19. Februar.

## Prozeß Zola.

So laut und lärmend wie gestern ist es in dem Schrûgerichtssaale bei der Verhandlung gegen Zola noch nicht zugegangen. Das Publikum war in höchster Erregung und ergriff ungeniert, je nach seiner Überzeugung, für oder gegen Zola Partei, überwiegend freilich das letztere. Geradezu verblüffend wirkte die Vernehmung des Grafen Esterhazy; nach den wenigen Worten bei der ersten Vernehmung, in denen er seine Unschuld beteuerte, war troh aller Fragen kein Laut mehr aus ihm herauszubringen, er drehte dem Angeklagten und den Vertheidigern einfach den Rücken zu und blieb stumm wie ein Fisch. Auf das geheime Beweisstück gegen Dreyfus, von dessen Vorhandensein bisher nie die Rede war und welches General Pellieug gestern zum ersten Male erwähnte, wurde nicht mehr zurückgegriffen. Man darf erwarten, daß das heute noch geschieht und dabei vielleicht der Schleier, der über der Dreyfus-Affäre noch immer ruht, wenigstens etwas glüsst wird; die außerordentlich vorstolzen Bekundungen des Generals haben in dieser Beziehung keine Klärung gebracht. Heute dürften die Plaidoyers ihren Anfang nehmen.

Im Anschluß an den telegraphischen Bericht in der Morgennummer geben wir von dem weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung folgendes Bild:

war die Behandlung der Rhythmen schwankend und unruhig stellenweise die Begleitung. Im ganzen entstand in Recitativ und Arie kein wohlangelegter Aufbau, keine Steigerung, dergleichen aber ist um so nötiger, als Beethoven selbst die feste Form hier schon zu verlassen beginnt, mehr nur der Reihe nach die musikalischen Details illustriert. Die Wirkung des Ganzen wird dadurch so viel abhängiger vom Vortragenden. In der Grabescene leuchtete das Talent des Gastes wieder hervor im Duett mit Rocco, im Terzett mit Rocco und Florestan, und zweifellos kann auch nur eine ausgemachte Virtuosität mit der folgenden Entscheidungsscene Pizarro gegenüber so umgehen, wie Frau Bertram-Olden es that, aber doch wurde hier das hinreichende mehr in dem reizenden Tempo als im ausgeprägten Ausdruck des ergreifenden Vorganges gesucht, und so ging es auch dem Duetto „O namenlose Freude“. Auch das Finale geriet, obgleich in ihm, einzeln genommen, die Sängerin der Leonore nicht unmittelbar bestimmt wäre, in einen Flug, der nicht mehr bloß von der Begeisterung schwang war. Als Symptom einer gewissen Überflächlichkeit in der Aufführung der Rolle des Fidelio erschien es, daß die Künstlerin ein weiches Chemise unter einer breiten schwarzen Schleife vor die Brust genommen hatte — wie soll dies

Labori verließ unter großer Unruhe des Publikums seine Anträge, die dahin gingen, die Generale Boisdeffre und Pellieug sowie den Major Esterhazy wieder, wenn es nötig erscheint, an die Schranken zu rufen. Es kommt dabei zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten und Labori, die die Zuhörer mit Geschrei und Gebrüll begleitete. Schließlich erklärt der Präsident, Esterhazy werde wieder berufen werden, wenn es nötig erscheint. Alsdann wird

Oberst Picquart nochmals aufgerufen. Er sagt, zu der Zeit, als der Verdacht gegen Esterhazy begann, sei im Ministerium ein Schriftstück eingetroffen, das den Verdacht gegen Esterhazy zu beseitigen im Stande war. Dieses Schriftstück ist dasjenige, das man als eine Fälschung ansiehen kann. Labori: Um welches Schriftstück handelt es sich? Picquart: Um das, von welchem gestern Pellieug gesprochen hat. General Gonse tritt hierauf vor, um, wie es Boisdeffre gethan hat, zu versichern, daß das Schriftstück, von dem Pellieug gesprochen hat, echt ist. Mehr können er Zeuge, nicht sagen.

Esterhazy wird nun wieder aufgerufen, was Aufsehen erregt. Labori stellt zwei oder drei Fragen, auf die Esterhazy unabänderlich erwidert, er weiß nicht antworten. Es bricht darauf im Hintergrund des Saales unbeschreiblicher Beifall aus, was Labori zu der Bemerkung veranlaßt, er erfahre soeben, daß man den Hintergrund des Saales nur unter Vorzeigung einer Offizierskarte betreten dürfe. (Lärm.) Hierauf stellt Advocat Clemenceau die Frage an Esterhazy: Zu welcher Zeit war Zeuge im Nachrichtendienste in Frankreich beschäftigt? Es erfolgt keine Antwort. Clemenceau fragt: Hat Zeuge Frau Boulancy gekannt? Dies veranlaßt den Präsidenten, den Zeugen zu fragen: Wollen Sie auf diese Frage antworten? Esterhazy erwidert: Auf keine Frage, Herr Präsident. Auch zu den ferneren, an den Zeugen gerichteten Fragen: „Haben Sie den Brief geschrieben, in dem es heißt: Die Deutschen werden alle diese Leute an ihrem Platz bringen?“ erfolgt keine Antwort. Clemenceau stellt eine Reihe von Fragen in Betreff der an Frau Boulancy gerichteten Briefe, in denen der Armee und ihren Führern übel mitgespielt wird. Esterhazy antwortet aber nicht, sondern dreht Zola und seinen Vertheidigern den Rücken zu und sieht nur die Gefährdeten an. Im Saale herrscht große Erregung. Clemenceau führt mit dem Vorlesen der Briefe fort, in denen von dem „Ulan“ die Rede ist und von Paris, das im Sturm genommen und 100 000 betrunkenen Soldaten zur Plünderung überlassen werden soll. Clemenceau fragt: „Erkennt der Zeuge die Richtigkeit dieser Briefe an?“ Esterhazy bewahrt sein geringfügiges Still-schweigen. Clemenceau verließ dann die auch schon im Kriegsgericht verlesenen Zeugnisse, die sich sehr lobend über den Zeugen aussprechen, und sagt zum Präsidenten: „Wollen Sie den Zeugen fragen, ob er von diesen Bezeugnissen nicht ein wenig überrascht gewesen ist?“ Esterhazy gibt auch auf diese Frage keine Antwort. Clemenceau zieht fort, Fragen zu stellen, von denen eine immer schwierigender als die andere ist. Esterhazy gibt aber keine Antwort. Die Lage erscheint äußerst gespannt. Esterhazy wiegt sich ein wenig auf den Beinen, auf seinem Gesicht, das äußerst bleich ist, spiegelt sich dumpfer, mühsam verhaltener Zorn wieder. Alles fragt sich, ob nicht ein ernster Zwischenfall sich ereignen wird. Im Saale herrscht tiefes Schweigen. Clemenceau, der nicht weniger als hundert Fragen an Esterhazy gerichtet hat, erklärt, er komme nun zu der letzten Reihe von Fragen. Clemenceau fragt Esterhazy, ob er Beziehungen zum Oberst Schwarzkoppen gehabt habe. Präsident: „Das verdirbt die auswärtigen Beziehungen, die Frage darf nicht gestellt werden.“ Clemenceau fragt: „Warum nicht, wenn es sich um Ermittlung der Wahrheit handelt?“ Der Präsident erwidert: „Weil es etwas gibt, das noch darüber steht: die Ehre der Armee und die Sicherheit des Landes.“ (Donnernder Beifall; Rufe: Bravo, Bravo!) Clemenceau und alle schreien laut. Es herrscht großer Lärm. Nach und nach tritt wieder Ruhe ein und Major Esterhazy tritt von den Schranken zurück, ohne auch nur ein Wort gesprochen zu haben. Die Vernehmung der Zeugen wird fortgesetzt.

Jules Hurst vom „Figaro“ erzählt, gelegentlich der Enquête, welche er in Rouen unter den Offizieren dieser Stadt veranstaltet habe, habe man ihm gesagt, als die Blätter von einem Offizier gesprochen hätten, der an Stelle Dreyfus' Vertraut begangen hätte, habe man sofort an Major Esterhazy, den man für einen Hochstapler der französischen Armee hält, gedacht. (Bewegung.)

Die Sitzung wird dann ohne weiteren Zwischenfall aufgehoben.

Es bleiben noch fünf oder sechs Zeugen zu vernehmen.

Während der Unterbrechung der Sitzung fand in der Galerie Harley fünf Minuten lang eine große Rundgebung statt zu Ehren des Generals Pellieug. Eine Menge Advocaten und anwesende Personen umringten den General und riefen begeistert: „Es lebe die Armee!“ Pellieug, sehr bewegt, antwortete auf die Rundgebung: Ich kann nur entgegnen mit dem Ruf: „Es lebe Frankreich!“ Ein Individuum, welches rief: „Es lebe Zola!“, wurde mißhandelt und war gezwungen, sich in den Zeugenraum zurückzuziehen. Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich zwischen einem Polizeicommissar und dem Herzog von Montebello, welcher rief: „Es lebe die Armee!“ Der Commissar sagte ihm, er möge gehen und draußen manifestieren, worauf der Herzog entgegnete: „Niemand wird mich daran verhindern, meiner Erregung und meiner Entfernung so Ausdruck zu geben, wie ich es für gut halte.“

Auf telegraphischen Wege wird uns noch gemeldet:

Paris, 19. Febr. (Tel.) Nach Beendigung der gestrigen Verhandlung des Zola-Prozesses kamen noch einige Zwischenfälle vor. Beim Verlassen des Gebäudes wurden die Offiziere, besonders Pellieug, lebhaft von der Menge begrüßt. Einige Personen, welche hiergegen protestieren wollten, wurden von der Menge angegriffen, mehrere Personen wurden verhaftet, aber alsbald wieder freigelassen. Die Menge, welche den Polistinen in Ordnung gehalten wurde, piff Zola aus, als er das Gerichtsgebäude verließ.

## Industrie und Handelsverträge.

Wie man sich erinnert, war es der Generalsekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller, Herr Bueck, der zuerst in einer am 3. Juli 1897 abgehaltenen Delegiertenversammlung sich unter allgemeiner Zustimmung des Verbandes bereit erklärte, der Landwirtschaft eine Erhöhung der Getreidezölle zuzugeben, „zur Rettung der gefährdeten Handelsverträge“. Nach den neuesten Beschlüssen der agrarischen Vertretungen, welche über die Handelsverträge zur Tagesordnung übergehen wollen, ist auch Herr Bueck an der Erwartung irre geworden, auf jener Basis zu einer Verständigung mit der Landwirtschaft zu gelangen. Er veröffentlicht in der „Deutschen Industrie-Ztg.“ eine Auseinandersetzung, welche mit folgenden Sätzen schließt:

„Die Industrie wird reislich zu erwägen haben, ob ihre vitalen Interessen es ihr unter den dargelegten Verhältnissen gestatten, sich der Landwirtschaft anzuschließen, oder dem Ruf nach Sammlung zu folgen, bevor nicht vollkommen unanzeigbare, sichere Anzeichen dafür vorliegen, daß die Landwirtschaft nicht beabsichtigt, den agrarischen Führern in ihrer gegen die Interessen der Industrie gerichteten Haltung weiter zu folgen.“

Diese Erklärung veranlaßt die „Dtsch. Tageszeit.“ zu einem Versuch, nachzuweisen, daß Herr Bueck von falschen Voraussetzungen bezüglich der Handelsvertragspolitik des Bundes ausgehe. Es sei nicht wahr, daß Graf Ranitz im Landwirtschaftsrath „festgelegte Tarife entschieden verworfen habe“. In Nr. 2 des Antrage Ranitz, welche der Landwirtschaftsrath einstimmig beschlossen hat, ist zu lesen:

„Vor Abschluß neuer Handelsverträge ist sorgsam zu prüfen, in welchem Maße die wichtigsten einheimischen Erwerbszweige des Reichs gegenüber der ausländischen Concurrentie bedürfen. Die so ermittelten Zollsätze werden in einen Minimalzoll eingestellt und jede vertragsmäßige Herabsetzung und Bildung derselben vorweg ausgeschlossen.“

Mit anderen Worten: Kommen die Beschlüsse des Landwirtschaftsraths zur Ausführung, so ist von Tarifverträgen überhaupt nicht mehr die Rede. Diejenigen Staaten, die Deutschland Zustimmungsfähigkeit machen, unterliegen dem jederzeit Abänderungen unterworfenen Minimalzoll; die übrigen unterliegen dem Maximazoll. Daß das Ausland für die Gewährung des Minimalzolls der deutschen Industrie erhebliche Zugeständnisse machen werde, glaubt wohl niemand. Was man unter diesen Umständen von der Entschlossenheit der agrarischen Führer, „der Industrie alle Concessions zu machen, die ohne Schädigung der Landwirtschaft möglich sind“, erwarten kann,

Henriette Fürth. Der erzählende Theil bringt u. a. eine sehr geschilderte kleine Novelle von Theo Schücking: „Heimkehr“, sowie eine wirkungsvolle Erzählung von Fritz Lopodoth: „Ein Begegnung“. Die „Schuldnerin“ ist wohl zweifellos der beste Roman, der aus der Feder dieser auszeichneten Beobachterin des modernen Lebens bisher hervorgegangen ist. Unter den illustrierten Artikeln, die das Heft bringt, ist der Aufsatz: „Die Hauptstadt des chinesischen Reiches“ von Ernst v. Hesse-Wartegg besonders zeitgemäß. An ihn reihen sich die Artikel von Hans v. Sobellitz: „Das Rathaus zu Hamburg“ und „Fächer“ von Georg Lehner. In einem nicht illustrierten Artikel: „Rinaldo Rinaldi“ und seine Nachfolger“ beipflichtet der Herausgeber der „Zeitschrift für Bücherfreunde“ Fedor v. Sobellitz die Ritter- und Räuberromane. In der Rubrik: „Vom Schreibstil und aus dem Atelier“ veröffentlicht Mag. Albeck-Wien interessante Erinnerungen an Karl v. Holtei.

## Literatur.

\* Das Januar- und Februarheft der „Frau“ herausgegeben von Helene Lange, Berlin S. 14) bringt unter der Fülle von Artikeln einige, die sich mit ganz aktuellen Themen beschäftigen, wie: Das Erziehungsrecht der Mutter nach dem bürgerlichen Gesetzbuch von Dr. jur. Hinsberg. Die schükende Staatsgewalt (Fall Köppen). Die politische Gleichberechtigung der Frau (beide von der Herausgeberin), Böddin von Feliz Poppenberg. Die erwerbstätigen Frauen im deutschen Reich von

liegt auf der Hand. Mit derartigen Wendungen werden sich die Industriellen, die nach den Verhandlungen im Landwirtschaftsrath, im Abgeordnetenhaus und im Reichstage ganz genau wissen, was ihnen bevorsteht, wenn gewisse Kreise das Heft erst in die Hand haben, nicht irre machen lassen.

#### Die Begrenzung der Legislaturperioden.

In den letzten Tagen ist in Rücksicht auf die bevorstehenden Neuwahlen die Frage aufgeworfen worden, nach welchen Grundsätzen die Begrenzung der Legislaturperioden zu beurtheilen ist. Es stehen sich hierin zwei Ansichten gegenüber: die eine nimmt den Tag der Abgeordnetenwahlen als Ausgangs- bzw. Endpunkt der Legislaturperioden an, während die andere den Tag des Zusammentritts der neu gewählten Kammer als Grenze der letzteren ansieht. Wie man uns schreibt, hält die Staatsregierung, bezüglich des preußischen Landtages, an der letzteren Auffassung fest, weil dies nicht nur dem Geiste des Artikels 73 der Verfassung, sondern auch den bisherigen Traditionen entspreche. Thatsächlich hat die Begrenzung der Legislaturperiode durch das Datum des Tages, auf welchen nach der allgemeinen Wahl der Abgeordneten die Einberufung des neuen Landtages stattgefunden hat, ohne Widerspruch seitens eines oder beider Häuser des Landtages Anerkennung erlangt. Im Art. 66 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 war der Zeitpunkt, mit welchem die vorjährige erste Kammer nach ihrer Neubildung in Wirksamkeit treten sollte, auf den 7. August 1852 festgelegt. Dieser Zeitpunkt wurde deshalb gewählt, weil die am 27. Juli 1849 gewählte zweite Kammer auf den 7. August zusammenberufen war und die Ansicht unbestritten zur Geltung kam, daß deshalb der Anfangstermin der beiden am 7. August zu einer neuen Legislaturperiode zusammengetretenen Kammern von diesem Tage und nicht von dem der Wahl anhebe. Zu einer ersten praktischen Bedeutung kam diese Annahme im Jahre 1858, wo es sich um die Frage handelte, ob die beiden zu einer vom 20.—26. Oktober dauernden außerordentlichen Tagung zwecks Anerkennung der Notwendigkeit der Regentschaft zusammenberussten beiden Häuser des Landtages der Legislaturperiode 1855/58 ein gilliges Mandat besäßen oder nicht. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus hatten am 8. Oktober 1855 stattgefunden, der Zusammentritt des Landtages war indessen erst am 12. November jenes Jahres erfolgt. Die Legalität der sogenannten Regierungskoalition wurde aber garnicht ernstlich in Zweifel gezogen, indem allgemein das letztere Datum als Grenze der Legislaturperiode angesesehen wurde. Die durch diese beiden angeführten Vorgänge tatsächlich festgestellte Rechtsübung ist auch für alle späteren Fälle der Berechnung der Legislaturperioden maßgebend geworden.

#### Ergebnisse der Arbeiterversicherungen.

Nach dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1897 bestanden zum Zweck der Durchführung der Unfallversicherung im Jahre 1897 insgesamt 113 Berufsgenossenschaften, darunter 65 gewerbliche mit 442 772 Betrieben und 5 734 680 versicherten Personen und 48 land- und forstwirtschaftliche mit 4 645 057 Betrieben und 11 189 071 versicherten Personen. Dazu kommen noch 145 Reichs- und Staats- und 258 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden mit zusammen 681 439 versicherten Personen, so daß am Schlusse des Jahres 1897 an 18 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren. Hinzu treten noch die bei den 13 Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft versicherten Personen. In der Gesamtzahl, die auch alle versicherten landwirtschaftlichen Unternehmern, sowie die landwirtschaftlich im Nebenberuf beschäftigten Personen umfaßt, dürften anderthalb Millionen solcher Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert sind. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug nach der vorläufigen Ermittlung 381 865, die der entzögten Unfälle 92 512. Die verausgabten Entschädigungen (Renten etc.) betrugen 64 085 317 Mark gegen 57 154 398 Mk. im Jahre 1896. Entschädigungen (Renten etc.) wurden im Jahre 1896 gezahlt oder angewiesen an 380 958 Verlehrte, 86 715 Witwen, 65 742 Kinder, 2317 Ascendenten, 2317 Ascendenten, 9323 Ehefrauen, 20 077 Kinder und 199 Ascendenten als Angehörige von Verlehrten, welche in Krankenhäusern untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstützungen, so daß im Berichtsjahr zusammen 515 331 Personen, gegen 452 953 im Jahre 1896 der Unfallversicherung theilhaftig geworden sind.

Über die Invaliditäts- und Altersversicherung ist Folgendes zu berichten: Von 1. Januar 1891 bis Ende 1897 wurden im ganzen 614 861 Renten, und zwar 296 452 Invaliden- und 318 409 Altersrenten, anerkannt. Davon entfallen auf die 31 Versicherungsanstalten 277 382 Invaliden- und 312 215 Altersrenten, auf die 9 Rosseleinrichtungen 19 070 Invaliden- und 6194 Altersrenten. Im Jahre 1897 bezogen rno 231 000 Personen Invalidenrente und 222 000 Personen Altersrente, also rund 453 000 Personen überhaupt Rente. Da sich unter diesen rund 700 Personen befinden, deren Altersrente im Laufe des Jahres in Invalidenrente umgewandelt wurde und diese Personen deshalb vorstehend doppelt gezählt sind, so stellt sich die wirkliche Zahl der Rentenempfänger des Jahres 1897 auf rund 452 300 Personen, an welche insgesamt 54,4 Millionen Mark, und zwar an Altersrenten rund 27,6 Millionen Mark, an Invalidenrenten 26,8 Millionen Mark, gezahlt sind. Den von den Versicherungsanstalten seit dem 1. Januar 1891 festgesetzten Renten entspricht überschlägig ein Deckungskapital von rund 311,8 Millionen Mark, und mit Einschluß der den Reservesfonds abführenden Beträge in Höhe von rund 62,4 Millionen Mark ein Kapital von rund 374,2 Millionen. Die Einnahme aus Beiträgen belief sich für die Versicherungsanstalten nach Abzug der gesammelten Verwaltungskosten im Jahre 1891 auf rund 85,2 Millionen Mark, 1892 84 Millionen Mark, 1893 85,2 Millionen Mark, 1894 87,8 Millionen Mark, 1895 89,8 Millionen Mark, 1896 95,4 Millionen Mark, 1897 98 Millionen Mark.

#### Aus Kiautschau.

Über die deutsche Action bei Kiautschau waren auf Grund eines Briefes eines Theilnehmers Mitteilungen durch die Presse gegangen, wonach eine mehrwöchige Expedition in das Innere von

Schaning mit verschiedenen, für die Chineen verlustreichen Geschenken stattgefunden haben sollte. Nach den von der „Nordd. Allg. Ztg.“ eingezogenen Erkundigungen war der Sachverhalt folgender:

Auf dem mehrjährigen Marsche eines Theiles des deutschen Landungs корпус durch das besetzte Gebiet, um dadurch den Eindruck der erfolgten Beziehung auf die Bevölkerung nachhaltiger wirken zu lassen, klagten chinesische Bauern, daß chinesische Marodeure Dörfer auf dem besetzten Gebiete ausplündern. In Folge dessen wurde am 1. Dezember eine Verfolgung dieses Gesindes eingeleitet und dabei wurden von einem Juge der Abtheilung „Kaiser“ zwei Salven über die Köpfe der Marodeure abgefeuert, ohne jemand zu treffen. Erst als die letzteren nun ihrerseits Widerstand zu leisten versuchten und von den Seiten und vom Rücken her auf die Marinemannschaften lebhaft Feuer gaben, wurde auch deutlicher von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Die Marodeure flohen darauf ausgelöst über die Grenze des besetzten Gebietes unter Zurücklassung von drei Toten und vier Verwundeten. Auf deutlicher Seite gab es weder Tote noch Verwundete. Die chinesischen Verwundeten wurden verbunden, die Beerdigung der Toten den Dorfbewohnern aufgetragen. Die deutsche Expedition setzte ihren Marsch nach Kiautschau fort und beendete denselben in wenigen Tagen ohne weitere Verluste.

#### Die belgische Thronfolgefrage

sucht, wie man der „Weser-Ztg.“ aus Brüssel schreibt, unerwartet und leise am Horizonte auf; der belgische König hält seinen längst bekannten Plan nicht mehr zurück. Der König hat keinen Sohn; sein Bruder, der städtische Graf von Flandern, hat nur einen Sohn, den Prinzen Albert, und auf diesem Prinzen allein beruht die ganze Thronfolge. Da kann leicht der Thron frei werden. Da nach der Verfassung in einem solchen Falle der König seinen Nachfolger, wenn zwei Drittel der Mitglieder beider Kammern seiner Wahl zustimmen, ernennen kann, so wird heute den Belgern der 21 Jahre alte Prinz Leopold, Sohn des österreichischen Generals, des Prinzen Philipp von Sachsen-Coburg und der Prinzessin Luise, der Tochter des belgischen Königs, empfohlen, und die Stoile glaubt, daß das Land und der Souverän am liebsten des Königs Enkel wählen würden. Es ist bekannt, daß der König diese Wahl wünscht, aber es ist zweifellos, daß ein solcher Antrag keine Rämpfe in den Kammern und im Lande entfesseln und den radikal und sozialistischen Kreisen den willkommenen Anlaß geben würde, die republikanische Fahne zu entfalten. Ist die Sache auch noch in der Ferne, so ist doch diese Frage ein ernster Punkt für die Zukunft Belgiens.

#### Frankreich und Russland.

Der Präsident Faure empfing, wie aus Paris telegraphisch gemeldet wird, gestern den neu ernannten russischen Botschafter Urusow, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Bei der Überreichung desselben sagte der Botschafter, Beziehungen des Kaisers schrieben ihm vor, seine ganze Wachsamkeit anzuwenden zur Aufrechterhaltung der ausgezeichneten Beziehungen, die zwischen Frankreich und Russland zum großen Vortheil der beiden befreundeten und verbündeten Nationen bestehen. Der Präsident Faure erwiederte hierauf, er schäfe nicht weniger die gegenseitigen Vortheile dieses aufrichtigen, fröhlichen und herlichen Einvernehmens als die kaiserliche Regierung; er erblickte in demselben eine Garantie des allgemeinen Friedens und ein gesichertes Unterpfand für die Wohlfahrt der beiden verbündeten und befreundeten Nationen.

#### Reichstag.

42. Sitzung vom 18. Februar, 2 Uhr.

Das Haus beginnt heute die Berathung des Militär-estats. Beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“ bringt der Abg. Lügens (Centr.) die Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung in der Armee zur Sprache. Der Redner wünscht Abschaffung der Simultankirchen und berührt einen Vorfall in Köln.

Kriegsminister v. Goßler erwidert, eine Zeitung habe berichtet, daß in Köln am Tage Mariä Verhündigung eine Artillerieabtheilung ausgerückt und bei einem Kürassier-Regiment Dünker gefangen worden sei. Der betreffende Redakteur sei zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Was vorgekommen sei, sei ohne böse Absicht geschehen und werde Remedien finden.

Abg. Bebel (Soc.): Es ist mir hier immer sehr verdacht worden, wenn den von mir vorgetragenen Beschwerden irgend eine Unrichtigkeit mit unterliegt. Aber das passt doch auch den Staatsanwälten, obwohl diesen die ganze Staatsmacht zur Verfügung steht. Jedenfalls sollte die Heeresverwaltung um so mehr darauf bedacht sein, Mißhandlungen in der Armee zu verhindern, als ja die Denuncianten, obwohl sie doch eigentlich zu Beschwerden verpflichtet sind, hinterher schlecht behandelten zu werden pflegen. Daß Mißhandlungen vorkommen, beweist die Weiterentwicklung des von mir im Vorjahr erzählten Falles Marillier in Königsberg. Im Vorjahr hatte bei der Untersuchung dieses Falles vor der Militärbehörde nicht bewiesen werden können, daß Marillier sich wegen andauernder Mißhandlungen das Leben genommen hatte. Seitdem aber ist, weil inzwischen die wichtigsten Zeugen aus dem Militärverhältnis ausgeschieden waren und nun mehr mit der Wahrheit nicht mehr aus Furcht zurückhielten, in einer neuen Verhandlung der betreffende Unteroffizier zur Degradation und zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Ganz ähnlich liegt ein anderer Fall in Wesel. Redner kommt dann auf das Militärstrafverfahren zu sprechen. Generalauditeur Ittenbach habe bei der ersten Lesung der Militärstrafprozeßvorlage die amerikanischen Strafbestimmungen als außerordentlich schwere geschildert, Stettentragen, Eisenkügeln am Fuß schleppen etc. Nun habe aber der amerikanische Generalauditeur diese Angaben Ittenbachs bestritten; jene schweren Strafen seien theils bereits durch Congresbeschluß von 1872 ausgeschlossen, theils ganz außer Acht gekommen. Wenn Herrn Ittenbach solche Irrtümer begegnen, dann wird man es uns amn Würmern doch wohl verzeihen, wenn wir einmal eine uns zugetrugene irgende Angabe mittheilen. (Heiterkeit.) Wir müssen uns eben solcher Dinge annehmen, denn die anderen Parteien thun's ja nicht. Redner erzählt dann einige crasse Ausdrücke und Ausprüche von Offizieren gegenüber Untergebenen: „Sie verfluchtet Juden-Ichig!“ (Heiterkeit.) Und: „Juden und Socialdemokraten sind eins, mit solchen Lumpen und Schuften darf Ihr nicht verkehren!“ Das wollen nur Erzieher der soldatischen Jugend sein! Ein Lieutenant v. Logistik im 5. rheinischen Infanterie-Regiment instruierte vor zwei, drei Jahren die Rekruten dahin, wenn sie jemanden eine Majestätsbeleidigung aussprechen hören, müßten sie die Plemppe ziehen und ihn über den Kopf hauen. Man wird uns Socialdemokraten fälschlich vor, in der Armee zu agitieren. Im Gegentheil, wir geben unseren jungen Leuten beim Eintritt ins Heer stets die

bringerden Rath, so richtig u. rein and so ist die Beziehungen zu schützen, damit sie nicht als Socialdemokraten Ungemach erfahren. Nicht wir tragen die Politik ins Heer, das sind ganz andere. In Bromberg hat ein Oberlehrer mit Dulbung der Heeresverwaltung vor Unteroffizieren einen Vortrag über die Flottenvermehrung gehalten, der durchaus politisch war. Wie hat man ferner den Reserveoffizier Ruprecht aus politischen Gründen gemafregelt? Und ist nicht sogar gefragt worden, nur ein guter Christ könne ein braver Soldat sein? Dann machen Sie doch ein Gesetz mit einem § 1: nur wer guter Christ ist, darf Soldat werden. Wir würden mit einer solchen Vorlage ganz einverstanden sein. (Heiterkeit.) Selbst der Alabderabsatz hat jene Auflösung kritisiert und ist dafür wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden. Wenn der gestalt von oben, von allerhöchster Stelle die Politik in die Arme getragen wird, dann ist es kein Wunder, wenn untergeordnete Geister in solchen Fällen, wie ich sie vorhin angeführt habe, dem gegebenen Beispiel folgen. (Präf. v. Buol bittet, mit einer derartigen Kritik zurückzuhalten.) Wir sind durchaus Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht, diese aber muß eine Form annehmen, welche dem Volke die Ertragung der ihm zugemuteten Opfer möglich macht, die Form einer Miliz.

Kriegsminister v. Goßler: Herr Bebel hat zu Anfang seiner Rede gesagt, daß ein Abgeordneter garnicht in der Lage sei, die Beschwerden, die er hier vorbringt, vorher zu prüfen. Dann sollte er aber solche Beschwerden hier auch unterlassen. Wenigstens sollte er uns vorher Mittheilung davon machen, dann könnten wir ihm gleich antworten. Wenn Mißhandlungen in der Armee vorkommen, dann sollten die Mißhandelten auch den Muth haben, sich zu beschweren.

Was den Fall Marillier anlangt, so ist es richtig, daß dieselbe mißhandelt worden ist. Aber es ist sehr zu beklagen, daß Marillier und seine Kameraden nicht den Muth gesetzt hatten, sich zu beschweren. Auch in dem anderen Falle in der mißhandelten Unteroffizier degradiert und mit zehn Monaten Gefängnis bestraft worden. Wenn Herr Bebel sagt, es besteht eine allgemeine Unzufriedenheit in und mit der Armee, so ist das nicht richtig. Die von Herrn Bebel erwähnten Ausdrücke von Offizieren sind einfache Beleidigungen und sind demgemäß bestraft worden. Wenn Herr Bebel meinte, daß die Socialdemokratie gerade um solcher Zustände in der Armee wachte, so glaube ich das nicht; die Socialdemokratie hat meine ich, ihren Höhepunkt überschritten. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Auf die Bemerkung Bebels über die allerhöchste Reue kann ich nur sagen, daß die Armee allerdings auf die religiöse Erziehung den höchsten Wert legt. Und in einem so feierlichen Moment, wo Evangelische und Katholiken vor Altar stehen, wird man wohl darauf hinweisen dürfen, daß die Religion der Heer der Armee ist. Herr Bebel hatte mir über seine Idee von der Heeresorganisation eine Broschüre versprochen, sie mir aber nicht geschickt. Heute höre ich ja nun, daß er an ein Heer aus Jugendwehr und Kindern denkt. (Heiterkeit.) Um so mehr darf ich wohl hoffen, daß er dann auch für Offiziersbildungsanstalten, Kadettencorps u. s. w. eintreten wird. Er verprach auch bessere Verpflegung, bessere Lohnung etc. Ich glaube nicht, daß er dieses Versprechen würde einlösen können. Wollten wir Herrn Bebels Heeresorganisation annehmen, dann kämen wir sicherlich in Not.

Generalauditeur Ittenbach hebt hervor, seine Mittheilungen über Urtheile amerikanischer Militärgerichte stützen sich auf eine Berichtigung der New Yorker Zeitschrift für Heer und Marine vom Jahre 1871; er habe nur versäumt, die Quelle und das Jahr hier anzugeben. Unter Militärstrafgelehrbuch sei dem amerikanischen um ein Vierteljahrhundert an Milde und Humanität voraus. Man müsse auch unseren deutschen Militärgerichten gegenüber den Grundbegriff befolgen, gerichtliche Urtheile nur dann zu kritisieren, wenn man den genauen Sachverhalt und alle Nebenumstände kennt.

Abg. Kunert (Soc.) führt aus, daß sich das deutsche und das amerikanische Militärsystem garnicht mit einander vergleichen ließen. Dort gebe es nur etwa 20 000 Soldaten, die man den Söhnen des deutschen Volkes nicht gleichstellen könnte. Das Verlangen, das Material, welches man hier vorbringen wolle, der Regierung vorher mitzuteilen, entspreche nicht der Würde eines Abgeordneten und der Stellung seiner Partei zu der Regierung; seine Partei lehne dies einfach ab. Wenn man sage, der Soldat müsse den Muth haben, sich zu beschweren, so müsse man dem Soldaten erst ein ordentliches Beschwerderecht geben. Redner bringt schließlich einige Beschwerden vor.

Kriegsminister v. Goßler verlangt auch von dem Abg. Kunert die Unterlagen für die Beschwerden. Wie die socialdemokratischen Beschwerdeführer in dieser Hinsicht vorgingen, sei daraus zu ersehen, daß, als in der Budgetcommission ein socialdemokratischer Abgeordneter einen Beschwerdefall vorgebracht habe, von ihm auf das Verlangen nach einer Unterlage für die Beschwerde erwidert worden sei, er habe das gehört, mehr könnte er nicht sagen. Was die von dem Befehl angeführten militärischen Werkstätten in Spandau betreffe, so sei die Militärverwaltung bestrebt, die Arbeiterverhältnisse deshalb immer mehr zu verbessern, und wenn die Socialdemokratie nicht forschigt unter den Arbeitern Unsitten stifteten, so könnten die Spandauer Werkstätten Musteranstalten sein.

Generalauditeur Ittenbach weist die Behauptung des Abg. Kunert insofern ab, als daß er in unserer Armee die Kettenstrafe bestehen, als unrichtig zurück.

Generalmajor v. Boek legt dar, daß die von dem Abg. Kunert bezüglich der Spandauer Arbeiterverhältnisse vorgebrachten Fehlwerden unbegründet seien. Darauf wird die Berathung abgebrochen.

Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 18. Febr. Der Kaiser hat heute dem

russischen Botschafter, Grafen Osten-Sacken, einen

längeren Besuch abgestattet.

\* [Centrum und Marinevorlage.] Ueber die Marinevorlage hat, wie der „Kölner Volks-Ztg.“ aus Berlin telegraphiert wird, das Centrum seit Dezember keine Fraktionssitzung abgehalten. Die Nachrichten über eine Sitzungnahme nach der einen oder anderen Richtung seien daher verfrüht. zunächst werde die Commissionsberathung abgewartet.

\* [Mommens und die Exzellenz.] Ueber die beabsichtigte Verleihung des Exzellenztitels an Mommens theilt die „Weser-Ztg.“ nochmals andecen unrichtigen Meldungen gegenüber Folgendes mit. Als Mommens durch einen Rath des Cultusministeriums in der üblichen Weise wegen der Auszeichnung sondiert wurde, hat er in einem schriftlichen Schreiben die ihm zugedachte Auszeichnung abgelehnt und zugleich die Gründe für seine Ablehnung angegeben. Damit ist selbstverständlich die Angelegenheit erledigt gelesen, Generalauditeur Ittenbach hat sie nicht beschäftigt.

\* [Handelstag.] Gestern fand eine sehr zahlreich besuchte Sitzung des Ausschusses des deutschen Handelstages statt. Herr Schinkel-Hamburg referierte über die Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank und erklärte sich entschieden gegen eine Verstaatlichung derselben; der Fortbestand der Reichsbank in ihrer jetzigen Gestalt sei im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens durchaus wünschenswert und notwendig. Bei der Berathung des zweiten Punktes der Tagesordnung betreffend die Postomnischiffsvorbindungen mit überseeischen Ländern hoben die

Herren A. Wörmann und Dr. Hammacher die wirtschaftliche Notwendigkeit einer weiteren Ausgestaltung der staatlich subventionierten Postdampferverbindung mit Ostasien hervor. Der Ausfluß nahm dann eine Resolution an, in welcher die Postdampfersubventionsvorlage im Interesse der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches freudig begrüßt wird.

\* [Lehrgerichtsälter.] Oberbürgermeister Zweigert hat im Herrenhaus einen Antrag eingereicht, die Staatsregierung aufzufordern, in den Staatshaushalt des Jahres 1898/99 die Mittel einzustellen, welche notwendig sind, um den Directoren und Lehrern, welche an den von Staat und anderen gemeinschaftlich zu unterhaltenden höheren Lehranstalten angestellt sind, diejenigen Gehaltsbezüge vom 1. April 1897 ab zu gewähren bzw. nach zu zahlen, welche an den rein staatlichen Anstalten angestellten Lehrpersonen seit diesem Zeitpunkt beziehen.

Braunschweig, 18. Febr. Dem Landtage ist eine Vorlage zugegangen, in welcher 780 000 Mk. für Arbeiter-Familienwohnungen auf den Domänen gesfordert werden.

#### Bon der Marine.

V. Aiel, 18. Febr. Die beiden Kreuzer vierter Klasse „Schwalbe“ und „Sperber“, welche auf der hiesigen Kaiser-Werft umgebaut und nunmehr fertiggestellt sind, werden zum 1. April in Dienst gestellt. Das erstgenannte Schiff ist als Erfah für den auf der ostafrikanischen Station befindlichen Kreuzer „Seeadler“, welches bereits im vorigen Jahre abgelöst werden sollte, bestimmt, der „Sperber“ ist als Erfah für das in Ostasien untergegangene Kanonenboot „Ullis“ in Aussicht genommen. — Morgen findet auf der Germania-Werft hier selbst der Stapellauf des nach dem neuen Kruppischen System erbauten Torpedoboots „G 89“ statt.

**[Verein für Feuerbestattung.]** Gestern Abend fand eine von Herren und Damen stark besuchte Versammlung im Gesellschaftshause statt, in welcher ein Verein für Feuerbestattung gegründet wurde. Der Verein besteht durch öffentliche Vorträge und Annoncen in der hiesigen und der Provinzialpresse für die Einführung der facultativen Leichenverbrennung zu wirken. Der Jahresbeitrag wurde auf 3 Mk. festgesetzt und in den Vorstand die Herren Bassi, Dr. Essler, Gepp, Jaskulski, Kamalki, Lynch, Prengel, Salomon, Sieg und Wiesenbergs sowie Fr. Sommerfeld und Fr. Brechner gewählt. Es wurde ferner dem Vorstand überlassen, den Vorsitzenden, Schriftführer und Kassirer zu wählen und eine Commission zur Beratung der Statuten zu berufen. Dem Verein traten gestern 67 Mitglieder bei.

**[Danziger Bürger-Verein.]** Der Vorstand des Vereins erfuhr uns um folgende Notiz: Der Verein hält (wie schon angegeben ist) am nächsten Montag im unteren Saale des „Ritterhofs“ eine Versammlung ab, in welcher u. a. auch „unsere Stadttheater-Dekröhnnisse“ auf der Tagesordnung stehen. Dieselben sollen eingehend besprochen und auch wegen des Gaserlasses von 8000 Mark ein Beschluss gefasst werden. Unter „Dekröhnnissen“ soll auf die Strafenteinigung zur Sprache kommen, worüber dem Verein viele Klagen aus dem Publikum zugegangen sind.

**[Personalien beim Militär.]** Volkmann, Major der 2. Ingenieur-Inspektion und Ingenieur-Offizier vom Platz in Graudenz, ist als Ingenieur-Offizier vom Platz nach Königsberg versetzt; als Nachfolger zum Ingenieur-Offizier vom Platz in Graudenz ist Major Riba vom Pionier-Bataillon Nr. 2 ernannt; v. Gauß, Hauptmann von der 3. Ingenieur-Inspektion, ist zum Pionier-Bataillon Nr. 2 versetzt; Fuchs, Premier-Lieutenant vom Infanterie-Regiment Nr. 44, à la suite des Regiments gefestigt; Buhk, Second-Lieutenant vom Inf.-Regt. Nr. 14, vor der Unteroffizierschule in Bartenstein nach der Unteroffizierschule in Ettlingen versetzt; Reimer, Second-Lieutenant vom Infanterie-Regiment Nr. 128, in das Infanterie-Regiment Nr. 152 eingetragen; Borch, Second-Lieutenant vom Grenadier-Regiment Nr. 5, mit dem 1. April d. J. als Compagnie-Offizier zur Unteroffizierschule Neubreisach kommandiert; Kalau v. Hofe, Second-Lieutenant von 1. Leib-Husaren-Regiment, in das 2. Leib-Husaren-Regiment, Boelke, Second-Lieutenant vom Feldartillerie-Regiment Nr. 36, in das Feldartillerie-Regiment Nr. 8 versetzt; Remelé, Ober-Apotheker der Reserve und Nahrungsmittel-Chemiker, zum Corps-Stabs-Apotheker des 17. Armee-corps ernannt; Schulz, Rechnungsraath, Proviantamtsdirektor in Thorn, nach Mains versetzt.

**[Personalien bei der Bauverwaltung.]** Der bisherige Regierungs-Bauführer Hugo Schulz aus Guttstadt ist zum Regierungs-Baumeister für das Ingenieurbauamt ernannt und dem bisherigen Regierungs-Baumeister Adolf Weyer in Königsberg die nachgeführte Entlassung aus dem Staatsdienst erwähnt worden.

**[Personalien bei der Marienburg-Mlawkaer Bahn.]** Der Stations-Dorfler Rosenburg ist von Goldau zur Güterfertigungsstelle Marienburg, Stations-Dorfler Mattheus von Riesenborg nach Dr. Engels, Bahnmeister Schulz von Rosenburg nach Riesenborg versetzt.

**[Ballfestlichkeit.]** Einem glänzenden Verlauf nach der gestern im Schülenshause veranstaltete Ball des Offizierscorps des Landmehrbezirks Danzig. Der Saal war durch Blumengrunder, Palmengruppen usw. von Herrn Gärtner F. Lens prächtig geschmückt, die Ballmusik führte die Kapelle des Grenadier-Regiments Nr. 5 aus. Um 8 Uhr begann der Ball, an dem etwa 250 Personen Theil nahmen. Um 10 Uhr fand in den oberen Sälen des Schülenshauses das Festmahl statt, worauf der Ball fortgesetzt wurde.

**[Strafhammer.]** Heute waren der Hils-Bahnsteiglässer Eduard Julius Relinger wegen Vergehens im Amte und die Hausdiener Karl Ludwig Rhode, August Ferdinand Fischer, Johann Kaspariški und Rudolf August Berlin, die in verschiedenen hiesigen Hotels angestellt sind, wegen Hehlerei angeklagt. Relinger hatte auf dem hiesigen Hauptbahnhof eine Zeit lang Dienst an der Sperrre, deren Passiere bekanntlich nur mit einer gültigen Fahrkarte oder mit einer Bahnsteigkarte gestattet ist. Mit den leichten Hand sind nun im vorigen Sommer mehrfach Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die auf eine eigenartige Weise entdeckt wurden. In einem hiesigen Hotel, in dem der Angeklagte Rhode wirkte, war ein Gelddiebstahl vorgekommen und der Criminaleschuhmann Kreß l. nahm eine Revision bei den Angestellten des Hotels vor, die zwar nicht das verschwundene Geld, wohl aber die heute zur Verhandlung gekommenen Strafthäuser zu Tage förderte. In dem Besitz des Rhode stand man 18 Bahnsteigkarten, deren Herkunft verdächtig erschien. Allmählich wurde ermittelt, daß nicht allein R., sondern auch andere Hausdiener hiesiger Hotels mit den Bahnsteigkästen unter einer Decke gesetzt hatten. Heute war Relinger geständig, den Angeklagten Karten bei einem Glase Bier ohne besondere Vergünstigung abgelassen zu haben. Die Hausdiener gaben auch an, daß sie Karten von anderen Schaffnern erhalten hätten, doch wollen sie sich der Persönlichkeiten nicht mehr erinnern. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Relinger wegen Unterschlüpfung im Amte zu drei Monat Gefängnis und die anderen Angeklagten wegen Hehlerei und zwar Kaspariški, der bereits eine Vorstrafe erlitten hat, zu einer Woche, die anderen zu je drei Tagen Gefängnis.

**[Veränderungen im Grundbesitz.]** Es sind verkauft worden die Grundstücke: Al. Delmühlengasse Nr. 1 von den Eigentümern Johann Gottlieb Hinken und Christiane Hinken für 25 500 Mk.; Mattenbuden Nr. 32 von den Korbmachermeistern Pothig'schen Gheleuten an die Frachteläger Greiser'schen Gheleuten für 47 200 Mk.; Am Stein Nr. 4 von den Löffelmeister Wagner'schen Gheleuten an die Schiffszimmermann Thiel'schen Gheleute für 23 700 Mk.

**[Polizeibericht für den 19. Februar.]** Verhaftet: 6 Personen, darunter 2 Personen wegen Diebstahls, 1 Person wegen Bedrohung, 1 Person wegen Krankheit. 3 Obdachlose. — Gefunden: 1 weißes Tauchkuchen, Arbeitsbuch des August Leopold Schaul, Arkkenscheinbuch des Karl Fretschmann. Notizbuch des Arthur Lepp, abzuholen aus dem Fundbüro der kgl. Polizeidirection; 1 graue Jacke, abzuholen aus dem Bureau des 4. Polizei-Reviers, Böttcherstraße 28; am 10. Jan. cr. ein brauner Shawl, abzuholen vom Portier Herrn Langenfeld in der Markthalle. — Verloren: 1 Portemonnaie mit ca. 13 Mk. Fahrradnummer 1310, abzugeben im Fundbüro der königl. Polizeidirection.

## Aus der Provinz.

**E. Zoppot.** 18. Febr. In unserem Badeort geht man, begünstigt durch den wunderbar milden Winter, der wieder die Erborungen zur Canalisation noch die Arbeiten an den zahlreichen Neubauten unterbrochen hat, lebhaft auf die Gaisen los. Mit Ameisenigkeit werden die Hausschlüsse an das fertige Canalnetz hergestellt, und es ist kein Zweifel mehr, daß zum 1. Mai die Inbetriebsetzung des Werks wird stattfinden können. Die elektrische Beleuchtung der Straßen funktioniert immer sicher. Die Gärten, in denen bereits die Schneeglöckchen blühen und die Sträucher treiben, werden rafolt und bepflanzt. Fleischige Hände regen sich ohne Ende. Vor 15 Jahren habe Zoppot noch nicht 3000 Einwohner, jetzt hat es mehr als 8000; Badegäste kommen ca. 4000, im letzten Sommer sind fast 10 000 zu zählen gewesen. Von letzteren sind die ersten mit den Saaren und Lerchen bereits eingetroffen und täglich werden Mietshauschlüsse gemacht.

**Cottbus,** 18. Febr. Das Mittergut Mariensee, bisheriger Besitzer Herr Consul Sehden, ist für 85 000 Mk. an einen Herrn Leeschack aus Hornstein verkauft worden. — In dieser Woche ist auch hier

eine staatliche gewerbliche Fortbildungsschule mit 53 Schülern in Wirklichkeit getreten.

**ff.** Aus dem Danziger Werder, 18. Febr. Den Mitgliedern des landwirtschaftlichen Vereins Groß Sünden wurden gestern Nachmittag vor dem Allenbachischen Gaffhaus in Trutnen, in dem die Orte stationierten königl. Hengste vorgeführt. Bau- und Gangart wurde hervorhoben. Hierauf fand die Sitzung im Vereinslokale statt. Herr Franz Treppenhauer-Gemlich hielt einen Vortrag über Geißeljagd und beantragte die Gewährung eines Beitrages an den Club deutscher Geißeljäger. Die Versammlung bewilligte einen einmaligen Beitrag von 50 Mk. — Über die Verlegung des Umschlags aus den 2. Januar wird in einer der nächsten Sitzungen verhandelt werden. Der Dirigent der Versuchstation der westpreußischen Landwirtschaftskammer, Herr Dr. Schmoeger-Danzig, hielt einen lehrreichen Vortrag über Salkdungung.

Ebbing, 18. Febr. Der bisherige Director und Leiter der Ostsiedischen Maschinenfabrik vorm. St. Wermke Act.-Ges. in Heiligenthal, Herr Romndi, hat die Maschinenfabrik, Eisengießerei und Dampfkesselfabrik von H. Kotow in Ebbing gekauft und ist aus der Ostdeutschen Maschinenfabrik ausgechieden. Die Kotow'sche Fabrik wurde Ende der fünfzig Jahre begründet und allmählich mehr vergrößert, so daß sie zeitweise über 200 Arbeiter beschäftigt.

In die vorgestrige Notiz über eine angeblich gegen den Decan P. eingeleitete Voruntersuchung, die sich auf Verdacht des Meineides stützte, hat sich ein Missverständniß insofern eingeschlichen, als diese Angelegenheit mit der Schweizer Reichstags-Nachwahl nicht zusammenhängt. Wie wir aus einer uns heute zugehenden näheren Mitteilung ersehen, schwelt die erwähnte Voruntersuchung gegen Herrn Decan P. wegen einer Zeugenaussage vor dem Landgericht in Thorn (am 12. März 1897). In dem neulich erwähnten Preßprozeß wegen Bekleidung katholischer Geistlichen aus dem Decanat Schwedt vor dem Landgericht Graudenz am 15. Dez. 1897 ist Herr P. als Zeuge nicht aufgetreten. — In einer gewisse Beziehung zu dem Graudener Preßprozeß und damit zu der Schweizer Wahl hatte der „Ges.“ diese Sache deshalb gebracht, weil bei ersterem der Thorner Preßprozeß als strafshärzendes Moment in Betracht gekommen war.

**Δ Lüchow,** 18. Febr. Herr Postmeister Alois Henner, welcher seit 4 Jahren den hiesigen Postamtsvorsteher ist, ist vom 1. Mai cr. ab nach Trebnitz in Schlesien versetzt worden. Der Fortzug des hier sehr beliebten Beamten wird allgemein bedauert.

**Δ Aus der Culmer Stadtneiderung,** 19. Febr. Zum Bau der Schöpfswerksanlage an der Nondener Gasse wird jetzt mit der Aufnahme der Rivellements begonnen. Ein Beamter der Strombaudirection ist zu diesem Zwecke seit einigen Tagen in Podewitz anwesend.

**Δ Röslin,** 18. Febr. Gestern fand hier im Kreishaus eine Verhandlung über Ausführung der Kleinbahn von hier nach Nakla statt. Es wurde eine Aktiengesellschaft begründet mit einem Kapital von 737 000 Mk. Zum Director der Gesellschaft wurde Kreisbaumeister Lebzin ernannt.

**Δ Königsberg,** 18. Febr. Von den staatlichen und kirchlichen Aufsichtsbehörden ist nunmehr der Verkauf des Juditten-Pfarrwaldes an die Stadt genehmigt worden. Die Erhaltung des alten Königsbergern lieb gewordenen Waldes ist somit gesichert.

## Bermischtes.

**\* [Orient-Postkarten.]** Besondere Postkarten mit Ansichten von der Orientfahrt mit dem Schnelldampfer „Bohemian“ vom österreichischen Lloyd hat Carl Stangens Reise-Bureau, Berlin W., den Teilnehmern dieser Fahrt kostenfrei zur Verfügung gestellt. Eine solche hübsch ausgestaltete Karte ging uns heute aus Airoo zu.

**Hamburg,** 19. Febr. (Tel.) **Herwigs Spritzenfabrik** brennt seit 11½ Uhr Nachts. Mehrere Züge Feuerwehr mit der Hasen-Dampfspritze sind ausgerückt. Erst gegen 2 Uhr Morgens hatten sieben Fährdampfer mit vielen Schläuchen das Feuer bewältigt. Das Lagerhaus sowie das Rectifications-Gebäude sind verschont geblieben. Der Betrieb ist nicht ganz gestört. Der Schaden wird auf ungefähr 1/4 Million geschätzt.

Vermuthlich durch Flugsauer entstand heute Morgen 400 Meter östlich von der Brandstelle in der Farbenfabrik und dem Döllager von Brückmann ein Feuer, das ebenfalls größere Ausdehnung gewann. Um 7 Uhr brannte die benachbarte chemische Fabrik von Bieber. Man ist eifrig bemüht, die daranstoßende Zuckersfabrik von Hambrück zu schützen, die bisher noch vom Feuer verschont geblieben ist.

**Bochum,** 18. Febr. Heute Abend waren auf der Börse „Der. Carolinenglück“ 116 Todes zu Tage gefördert, 2 befinden sich noch im Schachte. 5 bis 7 Bergleute werden noch vermisst. Drei von diesen müssen sich in der 3. Abtheilung der 5. Tieftaubofohle in dem Flöz „Präsident“ und „Schleswig“ befinden. Der Regierungspräsident Winger aus Arnswig ist auf der Unglücksstätte erschienen.

**[Veränderungen im Grundbesitz.]** Es sind verkauft worden die Grundstücke: Al. Delmühlengasse Nr. 1 von den Eigentümern Johann Gottlieb Hinken und Christiane Hinken für 25 500 Mk.; Mattenbuden Nr. 32 von den Korbmachermeistern Pothig'schen Gheleuten an die Frachteläger Greiser'schen Gheleuten für 47 200 Mk.; Am Stein Nr. 4 von den Löffelmeister Wagner'schen Gheleuten an die Schiffszimmermann Thiel'schen Gheleute für 23 700 Mk.

**[Polizeibericht für den 19. Februar.]** Verhaftet: 6 Personen, darunter 2 Personen wegen Diebstahls, 1 Person wegen Bedrohung, 1 Person wegen Krankheit. 3 Obdachlose. — Gefunden: 1 weißes Tauchkuchen, Arbeitsbuch des August Leopold Schaul, Arkkenscheinbuch des Karl Fretschmann. Notizbuch des Arthur Lepp, abzuholen aus dem Fundbüro der kgl. Polizeidirection; 1 graue Jacke, abzuholen aus dem Bureau des 4. Polizei-Reviers, Böttcherstraße 28; am 10. Jan. cr. ein brauner Shawl, abzuholen vom Portier Herrn Langenfeld in der Markthalle. — Verloren: 1 Portemonnaie mit ca. 13 Mk. Fahrradnummer 1310, abzugeben im Fundbüro der königl. Polizeidirection.

**Havanna,** 18. Febr. In Anwesenheit der spanischen Militär- und Civil-Behörden hat heute die feierliche Beerdigung der bei dem Unglück der „Maine“ Umgekommenen stattgefunden. Die spanischen Truppen erwiesen die militärischen Ehren, zahlreiche Kränze wurden an den Gärten niedergelegt. — Auch heute sind wieder verschiedene Leichen geliefert worden.

## Standesamt vom 19. Februar.

**Geburten:** Maschinist Wilhelm Marschallowski, I. — Nieter Gustav Alabuhn, S. — Werkstarbeiter Georg Möller, I. — Arbeiter Karl Goss, S. — Civil-Ingenieur Emil Müller, I. — Zimmergeselle Paul Neumann, S. — Arbeiter Hermann Auschel, S. — Arbeiter Josef Stolz, I. — Töpfergeselle Adalbert Neumann, I. — Colporteur Emil Häfner, I. — Zimmergeselle Gustav Brämer, S. — Arbeiter Eduard Weiland, I. — Mälzer Wilhelm Dudek, S. — Unehel.: 1 S., 3 S.

**Aufgebote:** Kaufmann Hermann Folkmann zu Berlin und Bettina Eisenstädt hier. — Oberschweizer Gottfried Rößler und Johanna Krebs zu Schwedtobolzen.

**Heirathen:** Kaufmann Ernst Kunz und Emma Wiedemann. — Schiffszimmermann Albert Lahde und Laura Lendowska. — Tischlergeselle Friedrich Salenski und Daleska Mariański. — Arbeiter Hermann Plach und Franziska Potrykus. — Sämmel, hier.

**Todesfälle:** Wittwe Henriette Garnekki, geb. Gruhn, 78 J. — S. des Arbeiters Wilhelm Margarit, 15 J. — Wittwe Maria Rehki, geb. Seifewitz, 49 J. — Arbeiter Gustav Karl Otto Schom, 35 J. — Arbeitserin H. leine Wohlmann, 69 J. — Schlossergeselle Martin Hermann Heinrich Emil Woldi, 31 J. — S. des Kaufmanns Julius Braunsdorf, 43 J. 6 M. — Arbeiter Johann Brillowski, 38 J. — Frau Louise Herrmann, geb. Lanisowski, 61 J. — S. des Maurer-

gesellen Emil Müller, 6 J. — Invaliden Michael Kowalski, 83 J. — Unehelich: 1 G. 2 J.

## Letzte Telegramme.

**Berlin,** 19. Febr. Der Kaiser hat als ersten Preis für die Regatta Dover-Helgoland einen kostbaren Pokal nach eigenhändigem Entwurf gestiftet.

**— Prinz Heinrich wird am Montag in Singapore eintreffen.**

**London,** 19. Febr. Die „Times“ meldet aus Hongkong, die in Hanoi erscheinenden Blätter berichten, daß 7000 Mann Truppen mobilisiert werden, um nach Ankunft der Flotte mit dieser gemeinschaftlich vorzugehen. Verstärkungen an Infanterie und Artillerie stehen in Bereitschaft, um auf ein gegebenes Signal zu marschieren. In Mongai, einer Seestadt in Longking an der chinesischen Grenze, sind die Truppen mobilisiert.

## Börsen-Depeschen.

Berlin, 19. Februar.

Crs.v.18. Crs.v.18.

Spiritus loco	43,20	43,40	1880 Russen	103,90	104,00
-	-	-	4% innere russ. Ant. 94	100,60	100,40
Petroleum	-	-	Türk. Adm.	-	-
-	-	-	Anteile . . .	96,75	96,60
3½% Rds. A	104,00	104,00	5% Amerikan.	96,50	96,75
3½% do.	103,90	104,00	6% do.	99,50	99,80
3% do.	97,40	97,40	5% Anat. Dr.	95,75	95,50
4% Coniols	104,00	104,00	Ostpr. Südb.	-	-
3½% do.	104,00	104,00	Actien . . .	93,75	93,70
3% do.	98,00	98,10	Franz. ult.	143,40	144,00
3½% weifpr.	101,00	101,10	Dortmund.	-	-
Pfandbr.	100,60	100,60	Gronau-Act.	190,50	190,50
-	-	-	Marienburg.	85,50	85,70
3% weifpr.	93,10	93,10	Markw. A.	-	-
3½% pfd.	101,25	101,00	do. S.-P.	120,10	-
Berl. hb.-G.	170,75	171,90	D. Delmühle.	-	-
Darmst. Sk.	158,10	158,60	St.-Act.	102,75	100,75
Danz. Priv.	-	-	do. St.-Pr.	104,25	103,75



# Beilage zu Nr. 23040 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, 19. Februar 1898 (Abend-Ausgabe).

## Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 18. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerialen Frhr. v. d. Recke und zahlreiche Commissarien.

Die Spezialberatung des Staats des Ministeriums des Innern wird bei dem Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt, mit dem die auf die Gendarmerie bezüglichen Gutspositionen verbunden werden.

Abg. Frhr. v. Sedlitz (freic.) will auf die gestern von dem Abg. v. Jazdowski vorgebrachten Klagen über Beschränkung des Vereinsrechtes in Polen nicht eingehen, da er von früher wisse, daß die Verhältnisse dort anders zu liegen pflegen, als die Herren sie hier schildern. In dem Falle der drei Landräthe bei der Hildesheimer Wahl könne er ernste Bedenken gegen das Vorgehen des Ministers nicht unterdrücken, denn die Landräthe waren doch nur bemüht, die welsche Kandidatur zu bekämpfen. Wenn die wirtschafts-politische Stellung der nationalliberalen Kandidaten ebenso klar dargelegt wird, wie es hier von den Abg. Möller und Friedberg geschehen ist, dann werden die Landräthe keinen Grund haben, solche Kandidaturen zu bekämpfen. Die gestrigen Ausführungen des Abg. v. Höller über die Mängel in der Verwaltung und in der Vorbildung des jungen Beamtenpersonals waren wahrhaft erfrischend. Es ist nötig, daß die jungen Leute praktisch besser vorbereitet werden, wenn ich auch glaube, daß Herr v. Höller die landräthliche Bureauarbeit zu gering einschätzt.

Abg. Dr. Opfergelt (Centr.) verwirft jede behördliche Wahlbeeinflussung, da seine Freunde den Ausdruck der unverfälschten Volksmeinung bei den Wahlen wünschen. Redner klagt darüber, daß in seiner Heimat die Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe durch die Anordnungen der Lokalbehörden zum Schaden der Arbeiter völlig illogisch gemacht werden. Namentlich sei das Bestehen der Montagsmärkte in der Rheinprovinz für die Sonntagsruhe sehr störend.

Geh. Oberregierungsrath Kruse erwirkt, daß eine Neuregelung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe vorbereitet wird, bei der die Wünsche der Provinz berücksichtigt werden sollen.

Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.) wirft dem Landrathe, der den Aufruhr gegen den nationalliberalen Kandidaten bei der Hildesheimer Wahl unterschrieb, Unwahrschärfigkeit vor. Am besten wäre es, wenn die Beamten in Wahlzonen mehr Zurückhaltung übten, da die Regierung nicht auf diesem Standpunkt steht, so muß ein solcher Beamter wenigstens den politischen Anstand wahren. Es wäre interessant, vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums zu erfahren, was er unter seiner Politik der Sammlung versteht; da er aber nicht hier ist, so will ich den Minister des Innern mit dieser Frage nicht belästigen. (Heiterkeit.) Es scheint, nach dem Verfahren des bekannten Landräths in Pommern zu urteilen, als ob der Wille der Regierung sich nicht bis in die unteren Instanzen Geltung verleihen kann. Wir werden auf die Hildesheimer Angelegenheit wieder zurückkommen, wenn die Landräthe ihre Unterschrift unter dem Aufruf nicht abschrecklich zurückziehen.

Präsident v. Röder rügt den vom Vorredner erhobenen Vorwurf gegen einen Beamten, der sich noch im Besitz der Ehrenrechte befindet (Heiterkeit), er habe etwas unterschrieben, was eine Unwahrheit enthielt, als die Grenzen des parlamentarischen Zulässigen überschreitet.

Minister Frhr. v. d. Recke widerlegt der Bemerkung des Abg. Friedberg, der in dem Verhalten einiger Landräthe Symptome dafür erblickt wollte, daß die „Politik der Sammlung“ aufgegeben sei. Die Thatsache, daß diese Landräthe rectifiziert wurden, beweist vielmehr das Gegenteil. Versuche, die Disciplin zu lockern, indem man einen Zielspalt zwischen der Centralinstanz und den Beamten konstruiere, würden erfolglos bleiben.

Abg. Kohlmann (nat.-lib.) führt über die Verordnung hinsichtlich der Ausübung der Jagd an Sonntagen in Westfalen Beschwerde und über die Vorrichtungen zur Sonntagsruhe überhaupt. Das Volk wolle sich seinen guten deutschen Sonntag, der theils der Erbauung, theils der Erholung diene, nicht nehmen lassen.

Geh. Ober-Regierungsrath Kruse erwirkt, daß das Verbot der Sonntagsjagd vom Provinzialrat ausgegangen sei. Einen puritanischen Sonntag einzuführen, brächte die Staatsregierung nicht.

Abg. v. Hennebrand (cons.) findet, daß die Nationalliberalen die politische Betätigung der Landräthe zu sehr aufzubauen, und nimmt es als Recht und Pflicht der Verwaltungsbeamten in Anspruch, unter Uebung selbstverständlicher Rücksichten auf die Regierung und auf andere staatsverhaltende Parteien, ihre persönliche Anschauung und die Interessen der Kreisangehörigen im Wahlkampf zu betätigen.

Abg. Krause-Königsberg (nat.-lib.) bestätigt die Darlegungen seines Fraktionsgenossen Friedberg, der keineswegs die Disciplin der Beamten für erschüttert halte. Mit den Rectificationen müsse voller Ernst gemacht werden, damit die Landräthe auch in der Folge danach handeln. In Hinsicht der politischen Rechte der Landräthe stimme er mit dem Vorredner überein; aber die Anschauungen über die nothwendig zu nehmenden Rücksichten seien verschieden.

Abg. Dr. Langerhans (freis. Volksp.): Es hat mir wehe gethan, daß der Minister die Polizei als die beste hinstellte. Das wird im Volke nicht verstanden werden. Das Verhalten der Polizeibeamten ist doch auch in anderen Fällen als ungünstig dargestellt worden. Auch in der Provinz sind Freiheitsberaubungen durch Beamte vorgekommen. Die Reviervorstände müssen verantwortlich gemacht werden für Prügelstrafen auf der Wache. Mögen sieben zehn Dirnen frei herumlaufen als daß einer anständigen Frau so etwas passiert, wie es kürzlich geschehen ist.

Unterstaatssekretär Braunbehrens verweist auf die gefährliche Erklärung des Ministers des Innern, daß eine neue Instruction ausgearbeitet werde und den Beamten eingeschäfft worden sei. Rücksicht und Höflichkeit zu üben.

Auf eine Anfrage des Abg. Hornig (cons.) entgegnet Geh. Ober-Regierungsrath v. Trott zu Solz, daß den Regierungs-Präsidenten gestaltet sei. Aus ahmen von den Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Arbeiter zu gestalten.

Abg. Charłinski (Pole) beklagt sich über ungerechte Behandlung der Polen; er vermutet, daß die Anordnungen von Berlin her auf Grund unrichtiger Informationen erfolgen. In dem Briefe eines Landräths seien schwere Beschuldigungen gegen die katholische Kirche enthalten gewesen. So habe es geheißen: Die Küster würden lieber zehn Meineide leisten, als gegen ihre Geistlichen aussagen. Auf einen Zwischenruf: Wer ist der Landrat? bemerkt der Redner: Dr. Goolich heißt er! (Hört, hört! im Centrum.)

Abg. Lotarius (nat.-lib.) stellt den Grundsatz des Fürsten Bismarck, der den Verwaltungsbeamten Wahlbeteiligung gestattet, aber Wahltagung untersagt habe, als nachahmenswert hin.

Abg. Smytka (Centr.) will die Annahme ausländischer Arbeitskräfte den schlesischen Landwirthen ganz gegeben haben.

Minister Frhr. v. d. Recke verweist auf die Erklärung des Geh. Oberregierungsraths v. Trott und betont, daß es sich um eine ge ge von nationaler Bedeutung handle, die vom Staatsministerium genau geprüft werde. Russland habe sich bei uns über eine etwaige Vertragswidrigkeit nicht bekannt.

Abg. Rickert: In dieser Stunde pflegen wir die Verhandlungen zu vertagen. Die Herren (rechts) verlangen, daß ich noch spreche, um dann Schluß der Debatte zu machen. Ich kann jetzt noch so langen Verhandlungen nicht alles vorbringen, was ich wollte. Ich werde heute nur einen Theil besprechen und morgen beim Unterstaatssekretär fortfahren (Sehr gut! links) und wenn ich da nicht fertig werde, bei den Titeln Sandrah, Amtsvorsteher. (Sehr richtig! links.) Dieses gewollte Hindernis auf Schluß der Debatte ist unpraktisch und erspart keine Zeit. Im Gegen teil. Zu dem Fall Maria-Suhnsdorf kann ich nach den Mitteilungen des Bruders den Ausführungen des Abg. v. Charłinski noch hinzufügen, daß die Kinder des Herrn Maria nicht der polnischen Sprache mächtig sind (Hört, hört!) und daß derselbe seit für die Wahl des früheren Landräths Wessel eifrig thätig gewesen ist. Die Nachtsitzung hat viel Bevormundung erregt. Ich bitte den Minister, sich nach den Gründen zu erkundigen. Die von großer Seefahrtsreise zeugende Rebe unseres verehrten früheren Präsidenten v. Höller ist leider ohne Weiberhallen in späteren Reden geblieben. Herr von Höller hat eine wunde Stelle in unserem Verwaltungsorganismus aufgedeckt. (Sehr richtig!) Wir freuen uns, daß gerade er es war. Hätte das ein Centrumsmann oder gar ein Liberaler gethan, wären seine Parteigenossen von der Rechten gewiß nicht über die Schlägerungen der Schreibwirthschaft, der Bureaucratie und der Art der Verwaltung bei Landräthen und Regierungen in solche Heiterkeit und solchen Beifall ausgetragen, wie gestern. Herr v. Höller hätte aber neben seinem Ausblick in das zwanzigste Jahrhundert noch erwähnen können, daß zum Beispiel der Verwaltung vieler Kreise es sehr gut kommt, wenn ihre Landräthe sich weniger um die Wahlen kümmern und sie weniger zu beeinflussen suchen. (Sehr richtig!) Eine Genügung war es für uns, daß die Nationalliberalen auch einmal ordentlich Front machen mußten gegen Landräthe. (Heiterkeit.) Wir sind darum gesöhnt. Wir sind bekanntlich schlimmer als die Sozialdemokraten. (Sehr richtig! rechts.) Und selbst den Nationalliberalen ist das passiert. Der Reichstagsabgeordnete Luk hat bekanntlich erklärt, Benignus wäre gejährlamer als 50 Debent! Man weißt den Nationalliberalen vor, sie hätten den Hildesheimer Fall zu sehr aufgebaut. Er konnte nicht sofort genug gerügt werden. Hier steht die Autorität des Ministers auf dem Spiel und er mußte event. durch den Telegraphen zu verhindern wissen, daß die zweite Ausgabe des Wahlaufrufs trotz seiner Rectification der Landräthe gleichwohl wieder mit den Unterschriften derselben verbreitet wurde. Unsere Meinung nach haben sich die Landräthe jeder Einmischung bei den Wahlen zu enthalten. Sie haben auch nicht noch oben, wie v. Hennebrand verlangt, Ihre Überzeugung in wirtschaftlichen und politischen Fragen öffentlich zu vertreten. Das kommt immer auf Wahlbeeinflussung hinaus. Uebrigens haben wir im Reichstag durchgezählt und es ist dort Drägs geworden, daß solche Wahlen, bei denen Landräthe so auftreten, wie in Hildesheim, einfach cassiert werden. Der Minister wird zugeben, daß dann aber die Autorität und das Vertrauen zu solchen Behörden im Lande leiden muß, wenn die erste Volksvertretung der Nation über ihr Verhalten ein jedes Verbot fällt. Der Abg. Echels beklagte sich, daß der auch von den Landräthen unterschriebene Wahlaufruf die Nationalliberalen als Vertreter des Großkapitals denuncierte, deren Politik den Untergang des Mittelstandes herbeizuhören. Da sind wir noch an ganz andere Dinge gewöhnt. Wir wollen Anekthe der Böse u. s. w. sein. Das Merkwürdigste ist dabei, daß diejenigen, die uns solche Vorwürfe machen, fählich eine halbe Million für Agitation ausgeben können und dazu noch die Hälfte vieler Beamten haben, während wir uns mit verhältnismäßig wenig Kaufleuten begegnen müssen.

Bei der Verhandlung über die Uebergriffe der Polizeibeamten hat sich der Minister über Uevertreibungen der Presse beklagt, die das Land beunruhigt. Das ist vollständig unrichtig. Die Notizen, welche durch Verhandlungen der Gerichte erhärtet sind, nicht die Presse haben das Land erregt und beunruhigt. Jeder Minister, auch der Monarch braucht das Sicherheitswissen der Presse. (Sehr richtig, links.) Ein moderner Cultus staat ist ohne ihre freie Bewegung undenkbar. Danken sollte der Minister der Presse, die in diesen Fällen ohne Unterschied der Parteien sich geäußert hat. Irthümer können überall vorkommen, sie kommen auch am Regierungssitz vor. (Sehr richtig! links.) Der Weg der Beschwerde allein ist in den meisten Fällen zu lang und nicht ausreichend. In England verdankt man der öffentlichen Kritik der Presse eine Reihe von wichtigen Reformen. Es wäre thürig, wenn man den Minister persönlich für die Uebergriffe der Polizeibeamten verantwortlich machen wollte. Was wir aber vermissen und was wir verlangen müssen, ist, daß er vor dem Lande diese Uebergriffe entschieden missbilligt, daß er erklärt, die Beamten seien befreit und er würde energisch auf Remedy dringen. Gatt dessen lenkt er einen Theil der Schuld auf die Presse. Vor allem aber haben die Vorgesetzten der Beamten, die die Uebergriffe gemacht haben, die Verletzten um Entschädigung zu bitten. So wäre es die Pflicht des Berliner Polizeipräsidenten gewesen, Herrn und Frau Lind aus Danzig persönlich um Entschädigung zu bitten und ihnen streng Ahdung des unerhörten Uebergriffs zu zusichern. (Sehr richtig! links.) Das müßte in jedem solchen Fall geschehen, ganz gleichzeitig wiedem Stande der Verlehrte angehört. (Sehr richtig!) Das ist der Punkt, der Anstoß erregt. Als ich die Thaten des Landräths v. Putthamer im vorigen Jahre vorbrachte, was hat der Herr Minister? Gatt einer energischen Missbilligung suchte er das Vergehen in mildestem Lichte darzustellen und jedermann hatte den Einbruch, daß gegen nichts irgend Echtheitliches geschehen, kein Saalsatz walt stellt den Antrag, jenen Herrn wegen Beleidigung des Reichstags zu verfolgen, wie es bei anderen geschehen wäre. Die Dinge laufen ganz in derselben Weise weiter. Man glaubt nicht an ein energisches Einschreiten von oben. Wird denn das Ansehen der Behörde und das Vertrauen zu ihr geschwächt, wenn der Minister offen ihre Missgriffe tadelnd und ahndet? Im Gegen teil. Es ist nicht wahr, daß das Publikum und die Presse der Polizei gegenüber einig sind. Auch wir haben im vorigen Jahr dafür gesprochen und wir werden jetzt dafür eintraten, daß der Antrag auf Aufbesserung des Gehalts der Gendarmerien angenommen wird, meine Freunde und ich werden dasselbe auch in Bezug auf die Schule in Berlin und den anderen Städten beantragen. Wir wollen, daß sie, die wichtige Funktionen üben, auch danach gestellt werden. Wir sind auch fern davon, die Uebergriffe Einzelner der Gesamtheit anzuschreiten. Aber wir müssen die nötigen klaren Instructions und vor allem die Einschärfung der Regeln aus Anfangs Umgang mit Menschen verlangen. (Heiterkeit.) Redner erzählt von einem Fall in Berlin, wo ein Fräulein aus der Provins, welches bei einem Arzt in Berlin zum Besuch war, von einem Schuhzettel als die unvereheliche R. aufgesofort wurde, zur Polizei zu kommen, nur weil noch eine Ergänzung zur Anmeldung erforderlich schien. Erst die Beschwerde des einen hohen Polizeibeamten befreundeten Arztes habe es verhindert. Für heute nur noch eine Bitte an den Minister. Lassen Sie doch im Ministerium eine amtliche Ausgabe der Bestimmungen über das Verhandlungs- und Vereinsrecht, über die Verbreitung von Druckschriften etc ausarbeiten, ganz populär auch für nicht vergleichbare Leute verständlich erläutern und

dann überall hin verbreiten. Wir wollen gerne dabei helfen, denn über so nothwendige Dinge müssen doch endlich die Anschauungen der Amtsvorsteher und Landräthe, die nach dem Zugeständnis des Ministers noch nicht geklärt sind, völlig geklärt werden. Glauben Sie, Herr Minister, das wird auch eine Wohlthat für die Regierung sein und vor allem eine Wohlthat für das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Regierung.

Die Debatte wird geschlossen und der Titel „Ministergehalt“ bewilligt.

Schluss 4½ Uhr.

## Landwirthschaftliches.

\* Deutsche Landwirthschafts - Gesellschaft.

Gestern (Freitag) Nachmittag wurde im Architektenhause zu Berlin die diesjährige Hauptversammlung der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft abgehalten. Dekonominerath Wöbling erstattete den Geschäftsbericht. In diesem Winterhalbjahr sind von der Gesellschaft 33 Versammlungen abgehalten worden. Der Besuch derselben war ein loerfreulicher, daß man sich zukünftig nach größeren Versammlungslokalen wird umsehen müssen. Professor Albert-Halle sprach über „Neues auf dem Gebiete der Milchwirthschaft“. Die auffallendste Ercheinung in der Milchwirthschaft sei die Einführung von Melkmaschinen. Immer allgemeiner und nothwendiger wird das Pferdeurieren und Sterilisiren der Milch, immer allgemeiner auch das Streben, für die Kinderernährung die Auhmilch der Frauenmilch immer ähnlicher zu machen. Ferner sind große Fortschritte gemacht in der Beförderung der Milch mit Eisführung. Insbesondere hat man es dahin gebracht, einer Entmischung der Milch bei dieser Beförderung vorzubeugen.

## Zuschriften an die Redaction.

Schmid-Danzig, 16. Febr. Die Notiz in der heutigen Morgenzeitung über den Aufschwung der d-utischen Blumenzucht veranlaßt mich zu folgender Erwiderung.

Herr Mag. Hesdörffer hat mit seiner Behauptung nicht Unrecht, daß die deutsche Blumenzucht in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen hat. Er irrt aber entschieden in der Annahme, daß die deutsche Blumenzucht die Concurrenz des Südens fast vollständig besiegt hat. Abgesehen davon, daß der größere Theil des Publikums sehr häufig wirklich großartige Leistungen der deutschen Gärtner überhaupt nicht zu würdigen versteht und Rosen, Nelken, Fleder, Maiblumen im November und Januar für ebenso selbstverständlich hält wie im Mai, nicht ohnedem, mit welchen großen Mühen und Kosten diese Blumen produziert werden, verlangt sogar ein Theil des Publikums sehr häufig australische italienische Blumen; für hier gezogene langstielige und frische Blumen vielfach man allenfalls noch einen niedrigeren Preis. Herr Hesdörffer irrt auch in seiner Annahme, daß der Import von Blumen nachgelassen hat; verschiedene widrige Umstände an den Produktionsplätzen der Riviera haben in diesem Jahr eine sehr geringe Einfuhr nach Deutschland zur Folge gehabt. Im übrigen nimmt die Einfuhr von Blumen aus den von der Sonn- und dem Alme begünstigten Ländern von Jahr zu Jahr immer größere Dimensionen an, welchen auch die anerkannte Intelligenz der deutschen Gärtner trotz kostspieliger Heizungsanlagen und den besten Gewächshäusern nicht gewachsen ist. Die große Menge italienischer Blumen im Winter verursacht einen bedeutenden Preisrückfall auf deutsche Erzeugnisse; der deutsche produzierende Handelsgärtner unterliegt im Kampf mit den Süden, da die enormen Produktionskosten nicht mehr deckt werden. Herr Hesdörffer, welcher sich durch Schriftsteller er ährt und die Männer und Sorgen eines Gärtners nicht mehr durchzudenken hat, kennt deshalb auch die Situation in Handelsgärtnerkreisen sehr schlecht. Das Verlangen nach einem Schuhvoll ist in den letzten Jahren immer mehr vorgekommen und jetzt ziemlich allgemein. Auf der letzten Jahressversammlung des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands in Hamburg erfolgte die fast einstimmige Annahme sämtlicher Schuhzollanträge und selbst frühere entschiedene Gegen von sonst stolzlosem freihändlerischen Gemüth stimmten für den Schuhzoll. Es kommt noch hinzu, daß fast sämtliche Handelsländer sich durch Dredigt mit 40% gegen die Einfuhr von Pflanzen geschützt haben, so daß das Absatzgebiet der deutschen Gärtner im Auslande immer kleiner geworden ist. Die Ausfuhr im vorigen Jahr hat denn auch gegen das Jahr 1896 in manchen Artikeln bedeutend abgenommen, in Rümengewächsen. Gemüsen sc. um 8103 400 Kilogr., in Blumen um 8400 Kilogr. Die Einfuhr von Blumen allein betrug im vorigen Jahre 2808 500 Kilogr. gegen 2453 600 Kilogr. im Jahre 1896.

Frih Lenz.

St. Marien. 8 Uhr Herr Diakonus Brauerweiter.

10 Uhr Herr Consistorialrat D. Franck. 5 Uhr Herr Archidiakonus Dr. Weinlig. Beichte Morgens 9½ Uhr, Mittags 12 Uhr Kindergottesdienst in der Aula der Mittelschule (Heil. Geistgasse 111). Herr Consistorialrat D. Franck. Donnerstag, Vorm. 9 Uhr, Wochengottesdienst Herr Archidiakonus Dr. Weinlig.

St. Johann. Vormittags 10 Uhr Herr Pastor Hoppe.

Nachmittags 2 Uhr Herr Prediger Auernhammer.

Beichte Vormittags 9½ Uhr. Donnerstag, Nachmittags 5 Uhr, Passionsandacht Herr Pastor Hoppe.

St. Katharinen. Vormittags 10 Uhr Herr Pastor Östermeyer.

Nachmittags 5 Uhr Herr Archidiakonus Blech.

Beichte Morgens 9½ Uhr. Freitag, Nachm. 5 Uhr, Passionsandacht in der großen Sacristei Herr Pastor Östermeyer.

Kinder-Gottesdienst der Sonntagsschule, Spendhaus.

Nachmittags 2 Uhr.

Spandhaus-Arche (geheizt). Vormittags 10 Uhr Herr Prediger Blech.

Evangelischer Junglingsverein. Sonntag, Abends 7 Uhr, Familienabend im großen Saale des Bewerbehauses Heil. Geistgasse 82. Ansprachen von den Herren Pfarrer Collin-Güttland, Consistorialrat Lic. Dr. Groebler und Pfarrer Scheffens. Dienstag, Abends 8½ Uhr. Gr. Mühlengasse 7. Bibelbesprechung, Römerbrief Kap. 11. Herr Pfarrer Scheffens. Mittwoch, Abends 9 Uhr, Übungen des Gesangschors. Zum Familienabend ist jedermann herzlich eingeladen.

St. Trinitatis. (St. Annen geheizt). Vormittags 9½ Uhr Herr Prediger Schmidt.

Nachmittags 2 Uhr Herr Prediger Malzahn.

Beichte Morgens 9½ Uhr. Fr. Mühlgasse 7. Bibelbesprechung, Römerbrief Kap. 11. Herr Pfarrer Scheffens. Mittwoch, Abends 9 Uhr, Übungen des Gesangschors. Zum Familienabend ist jedermann herzlich eingeladen.

St. Barbara. Vormittags 9

London, 18. Febr. An der Rüste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Regen.

London, 18. Febr. (Schlußcourse.) Engl. 2½% Consols 112½%, italienische 5% Rente 93, Lombarden 7½%, 4% 89er Russen 2. Serie 104½%, convert. Türk. 22½%, 4% ungarische Goldrente 101½%, 4% Spanier 61½%, 3½% Aegypter 104½%, 4% unif. Aegypter 108½%, 4½% Trib.-Ant. 110½%, 6% consol. Megikaner 98½%, neue 93. Megikaner 98½%, Ottoman-Bank 12½%, de Beers neue 30½%, Rio Tinto neue 28½%, 3½% Rupees 63½%, 6% jnd. argent. Ant. 90½% matt. 5% argent. Goldanleihe 90½% matt. 4½% äuß. Argentin. 67½%, 3% Reichsanleihe 96½%, griechische 81. Anteile 38½% do. 87. Monopol-Anteile 41, 4% Griechen 1889 31½% brasil. 89er Anteile 60½%, Platafond 23½%, Silber 25½%, 4% China 101, Canada-Pacific 89, Central-Pacific 14½%, Denver Rio. Pref. 51½%, Louisville und Nashville 60%, Chicago Milwaukee 97½%, Nort. West. Pref. neue 55%, North. Pac. 67½%, New. Ontario 17½%, Union Pacific 34, Anatolier 95½%, Anaconda 5½%, Incandescent (neue) 1.

London, 18. Febr. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit leichtem Montag: Weizen 15.060, Gerste 13.720, Hafer 71.620 Mts.

Weizen fest, 1 sh. höher als vorige Woche. Gerste stetig, Hafer und Mehl fest. Mais ruhig. Anangommene Weizenladungen stetig aber ruhiger. Von schwimmenden Getreide Weizen und Gerste ruhig aber stetig, gemischter amerikanischer Mais matter.

London, 18. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Markt fest aber ruhig. Stadtmehl 31—36 sh. Schwimmender Mais matter.

Liverpool, 18. Febr. Getreidemarkt. Weizen 1 bis 2 d., Mehl 1½—1 d., Mais 1—1½ d. höher. — Trübe.

Paris, 18. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen bept., per Febr. 29,25, per März 29,00, per Mai-Juni 28,80, per Mai-August 28,00. — Roggen ruhig, per Febr. 17,35, per Mai-August 17,00. — Mehl bept., per Febr. 62,25, per März 62,10, per März-Juni 61,35, per Mai-August 59,85. — Rüböl ruhig, per Februar 52,50, per März 52,75, per Mai-August 53,50, per Sept.-Dezr. 53,25. — Spiritus fest, per Februar 44,75, per März 44,25, per Mai-August 43,25, per Sept.-Dezr. 39,75. — Wetter: Unbeständig.

Paris, 17. Febr. (Schluß-Course.) 3% iran. Rente 103,72, 5% italien. Rente 94,57, 3% portug. Rente 20,60, portug. Tabaks-Pfandl. 490,00, 4% Russen 89 103,30, 3% Russen 96 87,10, 4% span. äußere Anteile 61½%, convert. Türk. 22,60, Türkencoupe 110,50, türkischer Tabak 284,00, Meridionalbahn 682,00, öster. Staatsbahn 726,00, Banque de Paris 937,00, Banque Ottomane 560,00, Credit Lyonn. 82,2 Debeers 743 eft., Lagl. Estat. 94, Rio Tinto-A. 727, Robinion-Aktion 215,50, Guzman-Aktion 3428, Privat-discont 17%, Wechsel Amsterdam kurz 207,50, Wechsel aus deutscher Plätz 122½%, Wechsel auf Italien 47%, Wechsel London kurz 25,25, Cheques auf London 25,27, do. Madrid kurz 371,00, Cheques a. Wien kurz 208,12, Huancaca 42,00.

Petersburg, 18. Febr. Wechsel London (3 Mon.) 93,90, Wechsel auf Berlin 45,95, Cheques auf Berlin 46,25, Wechsel Paris (3 Monate) 37,22½%, Privat-discont 5, Russ. 4% Staatsrente 100%, Russische 4% Goldanleihe von 1889 1. Serie 154, do. 4% Goldanleihe von 1894 6. Serie 155, do. 3½% Goldanleihe von 1894 148, do. 3% Goldanleihe von 1894 139½%, do. 5% Prämien-Anteile von 1894 283½%, do. 5% Prämien-Anteile v. 1866 280, do. 5% Pfandbriefe Adelsbank-Losse 222, 4½% Bodencredit-Pfandbrief 157%, Petersburger Privat-Händelbank 1. Emission 473, do. Discontobank 655, do. internationale Handelsbank 1. Emission 584½%, Russische Bank für auswärtigen Handel 395, Warthaer Commerzbank 504½.

Petersburg, 18. Febr. Productenmarkt. Weizen loco 11,50. — Roggen loco 6,70. — Hafer loco 4,70. — Leinsaat loco 12,00. — Frost.

New York, 18. Febr. Nachbörsle. Weizen per Mai 7½ c. niedriger.

Chicago, 17. Febr. Weizen sehr bedeutend höher ein in Folge Häufe aus Anlaß knapper Plazierräthe, schwächte sich aber später im Einklang mit New York ab. Schluss kaum stetig.

Mais einige Zeit fest in Folge der höheren Weizenpreise, später auf bedeutende Ankünfte und Realisierungen abgeschwächt. Schluss willig.

## Wochenschau vom Danziger Getreidemarkt.

Danzig, 19. Febr. 1898. (Vor der Börse.)

Das Wetter ist in Deutschland milde und warm geblieben, über den Stand der Saaten ist nicht eine Lage laut geworden. England berichtet günstigstes und hofft ebenso wie Frankreich eine frühe Ernte. Das französische Ackerbauministerium schätzt die Größe der angebauten Flächen, in Departements, im Vergleich mit vorigen Jahre in 30% größer, in 25 Dpts. 1—5% größer, " 4 21—30% " 13 " unverändert, " 15 " 11—20% " 3 " 1—5% kleiner, " 21 " 6—11% " 1 " 10% " In vorigem Jahr war in Folge der Räthe seit Jahren der kleinste Anbau 6.544.800 Hectar gegen

6.870.352 1896; dieses Jahr dürfte nach obiger Aufstellung derselbe um 7 Millionen Hectar groß sein. Den Stand der Saaten gibt das Ministerium am 1. Februar

	1898	1897	1896	1895
	in Departements			
sehr gut . . .	13	2	35	28
gut . . .	41	19	47	54
ziemlich gut . .	28	37	4	3
erträglich . .	2	21	1	—
mittei . . .	—	—	2	—
schiecht . . .	5	—	—	—

Aus Nord-Amerika liegen keine bemerkenswerthen Saatenstandsberichte vor. Der River La Plata schätzt die argentinische Weizenernte 1.200.000 Tonnen, sie war

1896/7	871.000 To.	1892/3	1.588.000 To.
1895/6	1.252.000 "	1891/2	980.000 "
1894/5	1.633.000 "	1890/1	849.000 "
	2.243.000 "	1889/90	653.000 "

Die Qualität ist nicht so gut wie in früheren Jahren, der anhaltende Regen während der Reise hat geschadet, auch klagt Entre Rios über den Ertrag.

Lieferungsqualitäten Frühjahr notirten

3. Woche gegen Febr. Vorwoche

	1898	1897	1896	1895
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
in Berlin . . .	193	+2	156	137
in Wien . . .	202½	+1½	123	109
in Paris . . .	236	+4	159	169
in Amsterdam . .	163	+5	114	99
in Liverpool . .	176	+6	128	98
in New York . .	155	+5½	112	89

Wenn im leichten Bericht erwähnt war, daß die amerikanischen Baifiers anfangen zu begreifen, daß es keinen Grund gibt Weizen auf Lieferung bis zur neuen Ernte billiger als loco Waare zu verkaufen, so scheint ihnen in dieser Woche dieses Bewußtsein ganz gekommen zu sein. Preise für Mai sind in Chicago und New York sprunghaft erhöht. Donnerstag schloß New York loco Waare 164, Februar 163, Mai 155, Juli 145, Chicago notierte Februar 165, Mai 160.

Die Bestände in Amerika 1. Februar waren diesseits und jenseits des Felsengebirges an beiden Küsten

1898	1893	1890	1895
1.540.000 To.	1.010.000 To.	1.010.000 To.	1.010.000 To.
1.936.000 "	1.936.000 "	1.936.000 "	1.936.000 "
2.823.000 "	1.892.000 "	1.498.000 "	1.498.000 "
3.273.000 "	1.890.000 "	1.514.000 "	1.514.000 "
2.985.000 "	—	—	—

Bei heutigen kleinen Beständen, von denen nur ein geringer Theil lieferbare Waare ist, es für die Haussparte leicht, den Markt zu beherrschen. Europa hofft, daß die Haussparten, um die Herrschaft kräftigst zu üben, viele ihnen gelieferten Weizen exportieren werden und so Europa sich wird billiger versorgen können. In Folge dieser Anschauung ist die europäischen Börsen der amerikanischen Hausspartbewegung nur wenig gefolgt. Möglicherweise ist Europa Joseph Letter nicht nach seinem ägyptischen Vorbilde kaum falsch rechnen, wenn er annimmt, daß das bedürftige Europa ihm seine Weizen auch zu höheren Preisen bis zur neuen Ernte wird abnehmen müssen.

England hatte leichte Woche 104.000 To. Zufuhren, gegen 34.100 To. in der Vorwoche und 68.000 To. im Vorjahr. Bemerkenswerth ist, daß Frankreich auch hafer importiert; 11.500 To. diese Woche gegen 6.800 To. in der Vorwoche. Erstes Hafermehl der Billigkeit wegen Weizen? Sonst wirkt der Preis Sola lärmend auf das Geschäft. Niemand weiß, wie er enden wird; fällt das Ministerium Meline, so ist eine Herabsetzung der Getreidepölle sicher. Die Ararier und Schätzjäger müssen alles thun, den Ministerpräsidenten zu halten, insbesondere der kommenden Wahlen wegen.

Portugal hat seine Getreidepölle ermäßigt.

Ruhrland exportierte 50.000 To. Weizen, 25.000 To. Gerste, 4.700 To. Roggen, 13.000 To. Hafer.

Die statistische Abteilung des Landwirtschafts-Ministeriums veröffentlicht „1897 in landwirtschaftlicher Beziehung“. Das Herz Ruhrlands, die Schwarze-Eggen zwischen Moskau, Aursch, Aschan, Saratow, dann das Gebiet des Kaukasus, im nördlichen Kaukasus, haben eine vollständige Missernte gehabt; Futtermangel hat Bauern zur Veräußerung der letzten Rübe, des letzten Pferdes gezwungen. Der Preis des Vieches ist so gefallen, daß der Bauer in Tula bei Verkauf nur den Wert des Felles erhält. Das Gebiet zwischen Wolga, von Nijschi-Nogorod herunter bis Astrachan, dem Kaspiischen Meer und dem Ural hatten eine Ernte unter Durchschnitt. Stellenweise haben auch hier die Bauern ihr Viech verkaufen müssen, doch ist die Zahl der Häfen, welche einige Getreide-Vorräthe besitzen und ihr Viech nicht verkauft haben, überwiegend. Viechpreise glaubt das Ministerium werden im Frühjahr stark steigen und für viele Wirtschaften eine Quelle des Wohlstandes werden.

Frankreich hatte die leichte Woche 16.800 To. Zufuhren,

gegen 34.100 To. in der Vorwoche und 68.000 To. im Vorjahr.

Bemerkenswerth ist, daß Frankreich auch hafer importiert; 11.500 To. diese Woche gegen 6.800 To. in der Vorwoche. Erstes Hafermehl der Billigkeit wegen Weizen? Sonst wirkt der Preis Sola lärmend auf das Geschäft. Niemand weiß, wie er enden wird; fällt das Ministerium Meline, so ist eine Herabsetzung der Getreidepölle sicher. Die Ararier und Schätzjäger müssen alles thun, den Ministerpräsidenten zu halten, insbesondere der kommenden Wahlen wegen.

Portugal hat seine Getreidepölle ermäßigt.

Ruhrland exportierte 50.000 To. Weizen, 25.000 To. Gerste,

4.700 To. Roggen, 13.000 To. Hafer.

Die statistische Abteilung des Landwirtschafts-Ministeriums veröffentlicht „1897 in landwirtschaftlicher Beziehung“. Das Herz Ruhrlands, die Schwarze-Eggen zwischen Moskau, Aursch, Aschan, Saratow, dann das Gebiet des Kaukasus, im nördlichen Kaukasus, haben eine vollständige Missernte gehabt; Futtermangel hat Bauern zur Veräußerung der letzten Rübe, des letzten Pferdes gezwungen. Der Preis des Vieches ist so gefallen, daß der Bauer in Tula bei Verkauf nur den Wert des Felles erhält. Das Gebiet zwischen Wolga, von Nijschi-Nogorod herunter bis Astrachan, dem Kaspiischen Meer und dem Ural hatten eine Ernte unter Durchschnitt. Stellenweise haben auch hier die Bauern ihr Viech verkaufen müssen, doch ist die Zahl der Häfen, welche einige Getreide-Vorräthe besitzen und ihr Viech nicht verkauft haben, überwiegend. Viechpreise glaubt das Ministerium werden im Frühjahr stark steigen und für viele Wirtschaften eine Quelle des Wohlstandes werden.

Frankreich hatte die leichte Woche 16.800 To. Zufuhren,

gegen 34.100 To. in der Vorwoche und 68.000 To. im Vorjahr.

Bemerkenswerth ist, daß Frankreich auch hafer importiert; 11.500 To. diese Woche gegen 6.800 To. in der Vorwoche. Erstes Hafermehl der Billigkeit wegen Weizen? Sonst wirkt der Preis Sola lärmend auf das Geschäft. Niemand weiß, wie er enden wird; fällt das Ministerium Meline, so ist eine Herabsetzung der Getreidepölle sicher. Die Ararier und Schätzjäger müssen alles thun, den Ministerpräsidenten zu halten, insbesondere der kommenden Wahlen wegen.

Portugal hat seine Getreidepölle ermäßigt.

Ruhrland exportierte 50.000 To. Weizen, 25.000 To. Gerste,

4.700 To. Roggen, 13.000 To. Hafer.

Die statistische Abteilung des Landwirtschafts-Ministeriums veröffentlicht „1897 in landwirtschaftlicher Beziehung“. Das Herz Ruhrlands, die Schwarze-Eggen zwischen Moskau, Aursch, Aschan, Saratow, dann das Gebiet des Kaukasus, im nördlichen Kaukasus, haben eine vollständige Missernte gehabt; Futtermangel hat Bauern zur Veräußerung der letzten Rübe, des letzten Pferdes gezwungen. Der Preis des Vieches ist so gefallen, daß der Bauer in Tula bei Verkauf nur den Wert des Felles erhält. Das Gebiet zwischen Wolga